02/2013

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

ZIELE(N) FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – WER HAT NOCH PFEILE IM KÖCHER?

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Nachhaltige Entwicklungsziele 2
...Für Einsteiger
Jürgen Maier

Das Recht auf Entwicklung innerhalb planetarischer Grenzen? 4
Ein universelles Zielsystem muss nicht zwangsläufig zu Zielkonflikten führen
Merle Bilinski

»Get serious, and get on with the business of the OWG« 6
Die Open Working Group trifft sich zur Konkretisierung der SDGs
Marie-Luise Abshagen

Licht und Schatten einer neuen globalen Partnerschaft 8
High Level Panel des UN-Generalsekretärs zur Post-2015 Entwicklungsagenda legt Abschlussbericht vor
Dr. Klaus Schilder

Mit Migration und Kohärenz zu mehr Entwicklung? 11
EU-Kommission stellt Europäischen Entwicklungsbericht und Ideen für die Post-MDG-2015-Agenda vor
Monika Hoegen

Öffentliche Anhörung zum Post-MDG- und SDG-Prozess 13
Experten geben Parlamentariern Antworten
Marie-Luise Abshagen

AKTUELL

Das geplante Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP) 15
Ein transatlantisches Elitenprojekt voller Gefahren
Lutz Weischer & Peter Fuchs

»TTIP« nein danke! 16
Transatlantische Partnerschaft geht anders
Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen

Dafür oder dagegen? 18
SPD-Länder stimmen gegen SPD-Bundestagsfraktion und verhelfen Freihandelsabkommen zur Mehrheit im Bundesrat
Jürgen Maier, Thorsten Schulz & Martin Wolpold-Bosien

Methoden der Malariakontrolle diversifizieren! 21
Ob nicht-chemische Ansätze der Malariakontrolle zukünftig mehr genutzt werden, ist besonders vom Verhalten der Geldgeber abhängig
Carina Weber

THEMEN UND AGs

Gegen eine weitere Privatisierung von Saatgut im südlichen Afrika 23
Kleinbauern und Zivilgesellschaft kritisieren Entwurf der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft zu neuem Sortenschutzrecht in der Region
Andreas Bohne

Verbändeplattform Wald 24
Fachdialog soll Nutzungsdruck auf Wälder mindern
László Maráz

EFARD – European Forum on Agricultural Research for Development 26
Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich in einer europäischen Plattform, um Einfluss auf die Agrarforschung zu nehmen
Dr. Ann Waters-Bayer

Pflanzenvermehrung unter Kontrolle 27
Wenige Saatgutkonzerne halten das Monopol auf die Sorten
Susanne Gura

Armut bekämpfen – nicht die Energiewende 29
4. Energiegipfel der klima-allianz
Malte Hentschke

Eine Agrarwende ist möglich! 30
Nach den Verhandlungen zur EU-Agrarreform steht jetzt die nationale Umsetzung der Beschlüsse an
Iris Kiefer

Biomasseprojekt abgeschlossen 31
Bioenergiepolitik fehlt es an Glaubwürdigkeit
László Maráz

Gesundheit und Sicherheit im Dienst der Agroindustrie? 32
Heikle Verordnungen könnten durch das ausscheidende EU-Parlament gepeitscht werden
Susanne Gura

27.000 Flüsse verschwunden 33
Erster Wasserzensus in China bringt dramatische Erkenntnis
Lisa Krauss

Publikationen 34

Veranstaltungen 35

Impressum:

Herausgeber: Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 030/678 17 75 93
Fax: 030/678 17 75 80
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Forum Umwelt und Entwicklung

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Alessa Hartmann
Layout: studio114.de | Michael Chudoba
Titelbild: Liza Litsch/pixelio.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2013.

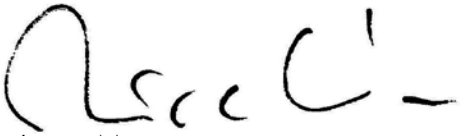
Liebe Leserinnen und Leser,

Ex-Bundespräsident Horst Köhler sprach von der »Quadratur des Kreises«, als er am 14. Juni in Berlin den Bericht des High Level Panels für die Post-2015 Agenda vorstellte. Ban Ki Moon hatte ihn in dieses Gremium berufen. Köhler beschrieb, wie das Gremium angesichts des sich dramatisch verschlechternden Zustands der Ökosysteme, der Aufgabe die Armut zu überwinden und des Auftrags, ambitionierte aber realisierbare Vorschläge zu machen immer wieder in Grundsatzdiskussionen wiederfand.

Der Verhandlungsprozess für die »Post-2015-Entwicklungsagenda« oder die »Sustainable Development Goals« (SDGs) gewinnt langsam an Fahrt. Irgendwann wird man sicher auch noch einen etwas griffigeren Namen für dieses Projekt finden müssen. Dass es bislang noch sehr konstruktiv zugegangen ist, mag erstaunen angesichts der weitverbreiteten Paralyse der internationalen Verhandlungen. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe – nicht zuletzt die Tatsache, dass das Zieleset nicht verbindlich sein wird. Hinzu kommt aber auch, dass mit den Entwicklungs- und Schwellenländern eine große Gruppe von Staaten ein großes Interesse an dem Vorhaben hat, weil sie es als den Nachfolgeprozess der Millenniums-Entwicklungsziele begreifen und als damit in ihrem elementaren Interesse – die Rio-Konventionen sind dagegen in ihrer Wahrnehmung häufig eher eine Agenda des Nordens. Und die sonst üblichen Blockierer-Nationen wie USA, Kanada oder Russland nehmen den Prozess ob seiner Unverbindlichkeit vermutlich noch nicht so richtig ernst. Was in diesem Fall sicherlich von Vorteil ist. Es ist zumindest nicht ausgeschlossen, dass die SDG-Agenda in den nächsten Jahren eine den auslaufenden Millenniums-Entwicklungszielen (MDGS) vergleichbare Dynamik entwickelt. Deswegen lohnt es sich, auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen.

Was inhaltlich dabei herauskommt, ist eine andere und durchaus offene Frage. Die Integration von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum, von Umwelt und Entwicklung wird zwar seit einem Vierteljahrhundert proklamiert, aber sie scheint nach wie vor ungelöst. Nikhil Seth, im UN-Hauptquartier für den SDG-Verhandlungsprozess zuständig, definiert den Unterschied zwischen »normalen« Entwicklungszielen und »nachhaltigen« Entwicklungszielen so: die einen berücksichtigen planetarische Grenzen des Wachstums, die anderen nicht. Genau das ist die Krux.

Wie die Regierungen dieses Dilemma umschiffen wollen, werden wir sehen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass es nicht länger mit Formelkompromissen umgangen wird, sondern man sich diesem Konflikt endlich stellt.



Jürgen Maier

© Rainer Sturm /pixelio.de

Das UN-Gebäude in New York

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZIELE

...Für Einsteiger

Wenn die Vereinten Nationen über »nachhaltige Entwicklung« oder »Entwicklungsziele« sprachen, hat das früher größeren Enthusiasmus ausgelöst als heute. Agenda 21, Milenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs)– das hat vor Jahren viele Basisgruppen und Initiativen in aller Welt inspiriert, sich vor Ort in Lokale Agenda-Gruppen und Eine-Welt-Initiativen zu engagieren.

DIESE ZEITEN SIND fraglos vorüber. Wenn die Vereinten Nationen nun also über eine Fortschreibung der Millenniums-Entwicklungsziele über das Jahr 2015 hinaus und über ein komplementäres Set von Nachhaltigkeitszielen verhandeln, ist zweifellos Skepsis angebracht. Skepsis über die Wirksamkeit solcher Ziele, und Skepsis über das was bei globalen Verhandlungen aller Art heutzutage überhaupt realistisch herauskommen kann.

Andererseits besteht Grund zu der Annahme, dass diese Übung nicht völlig für die Katz ist. Die MDGs entwickelten ja durchaus praktische Wirkung, so inhaltlich defizitär ihr Ansatz auch gewesen sein mag. Sie galten faktisch nur für Entwicklungsländer, dienten aber dort als Referenzrahmen für zahlreiche nationale politische Programme – und in der Entwicklungszusammenarbeit wurden viele Projekte und Programme erstmal darauf abgecheckt, ob sie zur MDG-Verwirklichung beitragen oder nicht. Wären die MDGs von 2000 schon etwas stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet gewesen, wären wir vielleicht auch in der internationalen Diskussion weiter und Nachhaltigkeit wäre nicht bis heute so umstritten unter vielen Entwicklungsländer-Regierungen, sobald sie die reine Deklarationsebene verlässt und praktisch zu werden droht.

Wie geht es 2015 weiter?

Das Forum Umwelt und Entwicklung beteiligt sich daher gemeinsam mit VENRO und vielen Mitgliedsorganisationen an der nationalen und internationalen Debatte um die konkrete Ausgestaltung der sogenannten »Post-2015-Entwicklungsagenda«. Darum drehen sich die nachfolgenden Artikel unseres Schwerpunktes.

Bevor es um die Inhalte geht, hier noch ein Überblick über die formale Seite des Prozesses. Zurzeit finden noch zwei getrennte Diskussions- und Verhandlungsstränge parallel statt. Die Fortschreibung der bis 2015 angelegten MDGs ist unstrittig. Wie dies aussehen soll, wird bisher nicht zwischen den UN-Mitgliedsregierungen verhandelt, so wie die MDGs aus dem Jahr 2015 auch nicht in einem zwischenstaatlichen Prozess ausgehandelt wurden, sondern von UN-Experten erarbeitet wurden. Der UN-Generalsekretär hat deshalb im Juli 2012 ein sogenanntes »High Level Panel« (HLP) eingerichtet, das ihm Vorschläge machen sollte, wie die MDGs fortgeschrieben werden könnten. Dieses Panel hat am 31.Mai seinen Bericht vorgelegt (siehe Artikel von Klaus Schilder in dieser Ausgabe).

Unabhängig davon wurde beim Rio+20-Gipfel im Juni 2012 beschlossen, zu prüfen, ob die UN-Mitgliedsländer sogenannte »Sustainable Development Goals« (SDGs) vereinbaren sollen. Diese Initiative von Kolumbien und Guatemala war ursprünglich nicht im Rio+20-Fahrplan vorgesehen, wurde aber schließlich akzeptiert, nachdem auch Gastgeber Brasilien den Vorschlag übernommen hatte. Nach monatelanger Verzögerung und prozeduralen Streitigkeiten hat mittlerweile eine sogenannte »Open-Ended Working Group« (OWG) der UN-Generalversammlung ihre Arbeit aufgenommen und versucht eine Einigung darüber herzustellen, wie SDGs aussehen könnten. Sie sollte ursprünglich aus 30 Mitgliedern bestehen. Weil aber das Interesse unter den Regierungen an ihr so groß war, dass diese Plätze hinten und vorne nicht ausreichten, beschloss man einen Trick: Einige Länder teilen sich zu zweit oder zu dritt einen Sitz. So hat Deutschland beispielsweise gemeinsam mit Frankreich und der Schweiz einen Sitz. Auftrag der OWG ist es, bis zur Generalversammlung im Herbst 2014 einen Entwurf für SDGs vorzulegen.

Nachhaltigkeitsziele für alle?

Da aber mittlerweile immer mehr Staaten und Akteure dafür plädieren, nicht parallel ein Set von neuen MDGs und ein Set von SDGs zu beschließen, kann man mittlerweile davon ausgehen, dass die Generalversammlung im Herbst 2013 nicht nur den Bericht des HLP entgegen nehmen wird, sondern auch die SDG-OWG oder ein modifiziertes Gremium beauftragen wird, daraus eine Agenda zu machen.

Dies macht nicht nur prozedural Sinn, sondern auch inhaltlich – die meisten Regierungen werden Nachhaltigkeitszielen nur zustimmen, wenn dabei Entwicklung möglichst groß geschrieben wird. Wie diese Kombination aus neuen MDGs und SDGs beziehungsweise Post-2015-Entwicklungsagenda hinterher genannt wird, ist noch offen, aber wohl auch zweitrangig. Von den alten MDGs wird sie sich in dreierlei Hinsicht unterscheiden: erstens wird sie für alle Länder gelten und nicht nur für die Entwicklungsländer (oder das, was man im Jahr 2000 dafür hielt). Zweitens wird das neue Zieleset Ergebnis zwischenstaatlicher Verhandlungen sein und nicht Ergebnis eines Expertengremiums – das heißt höhere Verbindlichkeit aber wahrscheinlich auch inhaltlich zurückhaltender. Und drittens sollte das neue Zieleset inhaltlich wesentlich ganzheitlicher aufgestellt sein und nicht die heikle Frage der »planetarischen Grenzen« einfach ausblenden, mit anderen Worten auch Fragen wie Verteilungsgerechtigkeit auf einem begrenzten Planeten ansprechen.

In Rio wurde außerdem beschlossen, dass die SDGs regionale und nationale Differenzierungen gemäß den jeweiligen politischen Prioritäten ermöglichen sollen. Das macht natürlich Sinn, weil die Ausgangsbedingungen einfach sehr verschieden sind. Daraus sollte die Bundesregierung für Deutschland ableiten, dass nationale Nachhaltigkeitsziele beschlossen werden müssen. Damit muss man auch nicht warten, bis die Vereinten Nationen ihre Beschlüsse gefasst haben, sondern im Gegenteil, man kann diese nationalen Nachhaltigkeitsziele so anlegen, dass sie den internationalen Diskussionen Schwung verleihen. Im Gegensatz zu vielen anderen festgefahrenen internationalen Verhandlungsprozessen dürften bei den SDG-MDG-Verhandlungen die Abwehrreaktionen gegen solche gut gemeinten Versuche, mal wieder den berühmten »Vorreiter« zu spielen, wohl nicht so ausgeprägt sein. Schließlich sind diese SDGs und MDGs ja nicht rechtsverbindlich, sondern politisch nicht bindende Absichtserklärungen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

© Helene Souza / pixelio.de

© Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

Viele Menschen – Eine Welt

DAS RECHT AUF ENTWICKLUNG INNERHALB PLANETARISCHER GRENZEN?

Ein universelles Zielsystem muss nicht zwangsläufig zu Zielkonflikten führen

Das von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eingesetzte Sustainable Development Solutions Network hat in seinem jüngst vorgelegten Berichtsentwurf vorgeschlagen, das Recht auf Entwicklung innerhalb planetarischer Grenzen als eines von zehn Zielen in den Katalog globaler Nachhaltigkeitsziele für die Zeit nach dem Jahr 2015 aufzunehmen. Sollte sich dieser Vorschlag innerhalb der Diskussionen um globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele durchsetzen, wäre dies ein Quantensprung im Vergleich zu den 2001 verabschiedeten Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals – MDG), die sowohl rechtsbasierte Entwicklungsansätze als auch Umwelt- und Klimafragen weitgehend ausgeklammert haben.

DOCH WAS BEDEUTET diese Zielsetzung tatsächlich? Wie kann ein neues Zielsystem sowohl dem Recht der Menschen auf eine positive wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung als auch den ökologischen Grenzen unseres Planeten gerecht werden?

Neue globale Rahmenbedingungen

Die Entwicklungsparadigmen der vergangenen Jahrzehnte, darunter auch die MDG, richteten sich nahezu ausschließlich an arme Länder des Globalen Südens, während die Verantwortung der Industrieländer unkonkret blieb und ihren Beitrag zum Klimawandel gar nicht in den Blick nahm. Dieser Ansatz spiegelte seit jeher ein verkürztes Entwicklungsverständnis wider, entspricht inzwischen aber weniger denn je den aktuellen globalen Herausforderungen: Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich verschoben, viele Schwellenländer verfügen inzwischen über ein höheres Bruttoinlandsprodukt als manche Industrieländer und haben einen entsprechend hohen ökologischen Fußabdruck. Der Klimawandel, aber auch die Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Nahrungsmittelkrisen haben zudem die Abhängigkeiten zwischen dem Norden und dem Süden deutlicher hervortreten lassen und bedrohen zunehmend die Lebenssituation von Millionen von Menschen, insbesondere unter den

verletzlichsten Gruppen im Globalen Süden. Will ein neues globales Zielsystem nachhaltig zu Armutsbekämpfung und Entwicklung beitragen, muss es daher diese veränderten Rahmenbedingungen in den Blick nehmen und entsprechende Lösungen für globale Probleme entwickeln.

Dies bedeutet zunächst einmal, dass es ein universelles Zielsystem sein muss, das sowohl für den Norden als auch für den Süden gilt und auch Schwellenländer in die Verantwortung nimmt. Nur so kann die umfassende sozial-ökologische Transformation erreicht werden, die angesichts der gegenwärtigen globalen Rahmenbedingungen erforderlich ist. Dieser Perspektivwechsel muss begleitet werden von einem erweiterten Blickwinkel, der Entwicklungs-, Umwelt und Menschenrechtsaspekte zusammenführt.

Zielkonflikte von Umwelt- und Entwicklungsperspektiven?

Ein globales Entwicklungsparadigma, das nicht nur die Auswirkungen von Armut, sondern auch ihre Ursachen bekämpfen will, muss von den Menschenrechten ausgehen und sowohl Ungleichheitsstrukturen als auch strukturelle Diskriminierung bekämpfen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass alle Menschen Zugang zu den Ressourcen haben, die sie für die Verwirklichung ihrer Menschenrechte benötigen. Dieser Anspruch muss nicht notwendigerweise zu Zielkonflikten mit umweltpolitischen Ansprüchen führen: Inwiefern beispielsweise das Ziel, Ernährungssicherheit für alle zu erreichen, zur Ausbeutung von Ressourcen führt, hängt maßgeblich vom eingeschlagenen Entwicklungspfad ab. Wird ein solches Ziel bereits bei seiner Formulierung verbunden mit Zielsetzungen zur Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Land und Wasser sowie zur Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen, können Umwelt- und Entwicklungsaspekte zusammengeführt werden. Gleiches gilt für den Zugang zu Energie. Die »Sustainable Energy for All«-Initiative des UN-Generalsekretärs sieht beispielsweise vor, bis 2030 universellen Zugang zu moderner Energie für alle Menschen zu erreichen und verbindet dieses Ziel mit dem Anspruch, im gleichen Zeitraum die Energieeffizienz sowie den Anteil erneuerbarer Energien zu verdoppeln.

Wenngleich die Integration von Umwelt- und Entwicklungsanliegen also nicht als Rechtfertigung für nachlassende Bemühungen bei der Armutsbekämpfung führen darf, stellt sich diese Frage für Industrie- und Schwellenländer in anderer Form. Die weltweite Armut hat ihre strukturellen Ursachen in einem Weltwirtschaftssystem, in dem systematisch die negativen Auswirkungen von Wirtschafts-, Handel- und Investitionspolitik auf die Menschenrechte im Globalen Süden und die Grenzen unseres Planeten ignoriert werden. Nachhaltiges Wirtschaften, der Schutz der Ökosysteme und ihrer natürlichen Ressourcen sowie die Schaffung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster müssen daher insbesondere auch als Ziele für Industrie- und Schwellenländer in einer neuen globalen Agenda verankert werden. Unser heutiges auf ökonomisches Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftsmodell hat sich dabei als nicht tragfähig erwiesen. Die Beibehaltung beziehungsweise Ausweitung derzeitiger Konsummuster im Globalen Norden wird innerhalb weniger Jahre das globale Ökosystem zusammenbrechen lassen und die Menschheit ihrer Existenzgrundlage berauben. Im Sinne der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung sind alle Länder in der Pflicht, zukunftsfähige Entwicklungspfade einzuschlagen und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen wirksam zu kontrollieren.

Konsequenzen für die Post-2015-Agenda

Das Ziel, das Recht auf Entwicklung innerhalb der planetarischen Grenzen zu verwirklichen setzt also voraus, ein Wirtschaftssystem aufzubauen, das die Entwicklungsbedürfnisse der Länder des Südens anerkennt, gleichzeitig aber den übermäßigen Ressourcenverbrauch der Länder des Nordens begrenzt. Die Sustainable Development Goals sind in der Form, in der sie auf der Rio+20-Konferenz beschlossen wurden universell angelegt und haben daher das Potential, Entwicklung als globalen Prozess zu interpretieren und nicht auf die Probleme von Entwicklungsländern zu verengen. Entscheidend ist es nun, die Ziele so auszuformulieren, dass Wirtschaftswachstum darin nicht als Ziel an sich betrachtet wird, sondern als Mittel, um gesellschaftliche Ziele, wie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wohlstand und Teilhabe zu erreichen. Der soeben veröffentlichte Bericht des High Level Panels des UN-Generalsekretärs zur Post-2015-Entwicklungsagenda geht diesen Schritt leider nicht: Weder stellt das Panel in seinen Empfehlungen an Ban Ki-moon das vorherrschende globale Wachstumsparadigma in Frage, noch leistet es den Perspektivwechsel von einer Entwicklungsagenda hin zu einer Transformationsagenda, da der Großteil des Veränderungsbedarfs weiterhin in erster Linie bei den Ländern des Südens verortet wird.

In der verbleibenden Zeit bis zum Jahr 2015 gilt es also weiterhin Druck auszuüben für eine tatsächlich universell gültige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda, die den globalen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird und sowohl zur Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung als auch zur Beachtung der planetarischen Grenzen beiträgt. Dies erfordert auch für zivilgesellschaftliche Organisationen den Blick über den eigenen Tellerrand und eine stärkere netzwerkübergreifende Kooperation. In der Zusammenarbeit zwischen dem Verband Entwicklungspolitik, dem Forum Menschenrechte und dem Forum Umwelt und Entwicklung zur Post-2015-Agenda ist dieser Schritt bereits ebenso angelegt, wie in der gemeinsamen Forderung, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenden für die Zeit nach 2015 in einem Zielsystem zu integrieren. Zu hoffen bleibt, dass sich auch die staatliche Seite daran ein Vorbild nimmt und zu einer stärkeren ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne globaler nachhaltiger Entwicklung findet, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Merle Bilinski

Die Autorin ist politische Referentin im Projekt »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung« beim Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO).

Das VENRO-Positionspapier zur Post-2015-Agenda finden Sie ab Mitte Juni 2013 unter www.venro.org. Dort findet sich auch die Stellungnahme »Anforderungen an eine zukunftsfähige Welt«, in der VENRO gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung und dem Forum Menschenrechte zentrale Anliegen an eine zukünftige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda formuliert.

© Kladu / pixelio.de

»GET SERIOUS, AND GET ON WITH THE BUSINESS OF THE OWG«[1]

Die Open Working Group trifft sich zur Konkretisierung der SDGs

Die Rio+20-Konferenz in Rio de Janeiro im Juni 2012 hat wenig Substanzielles hervorgebracht und für viele angesichts ihres gewaltigen Umfangs als die größte bis dato abgehaltene UN-Konferenz ein großes Fragezeichen bezüglich der Nachhaltigkeit von UN-Veranstaltungen geschaffen. Eine der wenigen konkreten Entscheidungen, mit denen die Mitgliedsstaaten auseinandergegangen sind, betrifft die Formulierung von sogenannten Zielen einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development goals – SDGs), über welche in der intergouvernementalen Open Working Group (OWG) beraten wird.

AUF DEM MDG-GIPFEL 2010 wurde der Prozess der post-2015-Agenda eingeleitet, mit dem Ziel eine Entwicklungsstrategie nach dem Auslaufen des festgelegten Zeitraums der Millennium Entwicklungsziele (MDGs nach engl. Millennium Development Goals) zu finden. Er wird betreut von High Level Panel of Eminent Persons (HLP), welches 2011 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufen wurde und aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und Regierungen besteht. Das HLP, in dem beispielsweise Horst Köhler vertreten ist, hat Ende Mai 2013 seinen Bericht vorlgelegt. Dieser fließt in den Bericht des Generalsekretärs zur Post-2015-Entwicklungsagenda ein, welchen Ban auf der Generalversammlung im September vorlegen wird.

Auf der Rio+20-Konferenz letzten Jahres wurde nun beschlossen, Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu formulieren, welche die Schwächen der MDGs aufgreift und außerdem um Aspekte der Nachhaltigkeit erweitert. Die Erstellung der SDGs wird übernommen von der OWG, in welcher Vertreter der fünf UN-Regionalgruppen gemeinsam arbeiten. Deren Beteiligung teilt sich auf in 30 Sitze, welche zumeist mehrere Länder belegen, Deutschland zum Beispiel mit Frankreich und der Schweiz. Geleitet wird die OWG von Csaba Kõrösi aus Ungarn und Macharia Kamau aus Kenia. Auf der Agenda: SDGs und Armutsbekämpfung

Die OWG ist somit eines der wichtigsten Entscheidungsforen zur Post-2015-Entwicklungsagenda. Nach einigem hin und her traf sie sich im Januar 2013 das erste Mal um seine Struktur und zu bearbeitende Themenfelder zu klären. Mit dem zweiten Treffen vom 17. bis 19. April begannen die inhaltlichen Diskussionen. Der erste Teil dieser Sitzung beschäftigte sich mit der Konzeptualisierung der SDGs. Hierbei befassten sich die Delegierten mit der Frage, wie die Ziele universell anwendbar und gleichzeitig bedeutend für die besonderen Umstände in unterschiedlichen Ländern sein könnten. Man war sich uneinig über die richtige Balance zwischen der Notwendigkeit von einfachen, klaren Zielen ähnlich dem Format der MDGs und einem Rahmen, der nicht nur global sondern eben auch auf alle Länder anzuwenden sei.

Zwei wichtige Meinungen bildeten sich dabei heraus. Zum einen könnte es Ziele geben, deren verschiedene Unterziele oder Zeiträume dem jeweiligen Entwicklungslevel oder Bedürfnissen der Staaten angepasst würden. Die Alternative wären SDGs mit einer Vielzahl von Unterzielen und Indikatoren, denen die Länder selber Prioritäten zuweisen. Obwohl letzteres generell bevorzugt wurde, bestand dennoch die Sorge, die SDGs könnten am Ende einem »Weihnachtsbaum« gleichen. Die Teilnehmer diskutierten außerdem den Zusammenhang zwischen SDGs und

MDGs, sowie wichtige Lektionen des MDG-Prozesses. Man war der Überzeugung die SGDs sollten »bigger, deeper and more transformative« sein als die MDGs, wobei die MDGs keinesfalls aufzugeben sondern vielmehr auf ihnen aufzubauen sei.

Die Diskussion über Armutsbekämpfung konzentrierte sich im Großen und Ganzen darauf, ob diese ein überragendes Ziel in den SDGs oder eines unter vielen darstellen sollte. Die Entscheidung darüber wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Auch die Frage wie die Multidimensionalität von Armut in den SDGs angemessen reflektiert werden könnte, wurde angeschnitten.

Unterschiedliche Vorstellungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern

Schon in der frühen Phase der Formulierung der SDGs zeichneten sich Unterschiede zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern ab. Die Entwicklungsländer betonten in der Sitzung, dass das Prinzip der gemeinsamen, aber verschiedenen Verantwortung unbedingt auch für die SDGs gelten müsse. Auch waren einige Entwicklungsländer unzufrieden über die weitergehende Agenda der OWG, bei welcher sich Energie und Klimawandel in der gleichen Diskussionssitzung befinden. Ihrer Ansicht nach, sollte sich der SDG-Prozess eher auf Entwicklungsaspekte von Energie konzentrieren und dem Zugang zu Energie für Arme. Die Industriestaaten wiesen wiederum darauf hin, dass bestehende Allianzen zwischen Ländern im Angesicht einer aufkommenden neuen globalen Ordnung redundant seien.

»Zero net land degradation« und nachhaltige Wassernutzung als Schwerpunkte der 3. OWG-Sitzung

Ein drittes Treffen der OWG fand vom 22. bis 24. Mai statt. Themenschwerpunkte lagen dieses Mal auf Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung, nachhaltiger Landwirtschaft, Dürren, Desertifikation, Landdegradation, Wasser und sanitären Einrichtungen. Grundlage der Diskussion war das Verständnis über die Notwendigkeit einer ausreichenden Ernährung für alle Menschen als Teil von Armutsreduktion und nachhaltiger Entwicklung. Es herrschte relative Einigkeit darüber, dass nachhaltige Landwirtschaft ein wichtiger Schritt sei zu dessen Umsetzung, aber noch vor einer Reihe von Hindernissen stehe. Die G77 verwiesen beispielsweise darauf, dass sie durch Agrar- und Handelssubventionen behindert werde, die Afrikanische Gruppe beleuchtete Hindernisse zum Marktzugang und Preisschwankungen, Togo bewarb die intensivere Förderung von lokalen Gemeinschaften und die EU forderte einen auf Rechten basierenden Ansatz. Besonders hervorgehoben wurde die »Zero Hunger Challenge« des UN-Generalsekretärs, welche viele Beteiligte als Grundlage für ein SDG zur Nahrungsmittelsicherheit sahen.

Eine Mehrzahl der Beteiligten appellierte außerdem für ein »zero net land degradation«-Ziel, bei welchem degradationsneutraler Umgang mit Land erreicht werde durch die Vermeidung von Zerstörung oder durch Wiederherstellung von Land. Während die Verbindung zwischen Nahrung, Land, Wasser und anderen Entwicklungszielen anerkannt wurde, gab es Uneinigkeit bei der Frage, ob Nahrungsmittelsicherheit und Landdegradation auf verschiedene Ziele aufgeteilt und andere Faktoren wie etwa nachhaltige Produktionsketten, Abbau schädlicher Subventionen und internationaler Handel integriert werden sollten.

Zum Thema Wasser und sanitäre Anlagen beschäftigte sich die OWG unter anderem mit gerechtem Zugang, den Vorteilen von Investitionen, den Lehren der MDGs und der Notwendigkeit der Beachtung des Nexus aus Wasser – Energie – Nahrung. Einige Länder wie die Pazifischen Inselstaaten und die Westafrikanischen Staaten wiesen darauf hin, dass MDGs bezüglich Wasser und sanitären Einrichtungen noch nicht erreicht seien und die SDGs weitreichender sein müssten als die MDGs. Als möglicher Teil der SDGs wurden sowohl ein einzelnes Wasserziel wie auch die Integration in andere Ziele vorgeschlagen, da Verbindungen unter anderem zu Gesundheit, Bildung, Armut und Ökosystemen gesehen wurden. Besondere Unstimmigkeit ergab sich in Bezug auf die Nutzung des Begriffs »Wassersicherheit«, welcher von UN-Water als ein Menschenrecht auf Wasser und gerechter Zugang definiert wurde. Dies rief bei einigen Ländern die Befürchtung hervor, dadurch sicherheits- und nicht entwicklungspolitische Schwerpunkte zu betonen.

Viele Fragen sind bisher noch ungelöst

Im Abschlussdokument von Rio+20 wurde festgelegt, die SDGs sollten auf einige wenige Ziele beschränkt werden, ehrgeizig und einfach zu kommunizieren sein. Außerdem sollten sie die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit berücksichtigen und mit der Post-2015-Entwicklungsagenda der UN kohärent sein. Der konkrete Inhalt der SDGs bleibt bisher aber noch unklar.

Im Kern hat die OWG bisher genau jene Fragen angesprochen, welche die Weltgemeinschaft zu klären versucht. Was wird aus den MDG, insbesondere jenen, die wir noch nicht erfüllt haben? Welche Ziele brauchen wir für eine neue, effektive, nachhaltige Entwicklungsagenda? Wie verhindern wir den Weihnachtsbaum-Effekt, bei dem alles drauf ist, jeder sich nehmen kann, was er will, aber dann nichts erfolgreich und alles unabhängig voneinander umgesetzt wird? Wie lässt sich eine globale Agenda formulieren, die gleichzeitig in den unterschiedlichen Realitäten der Entwicklungs- und der Industrieländer umgesetzt werden kann? Wie lassen sich Umwelt und Entwicklung verbinden? Wie können die Erkenntnisse des HLP, der OWG und anderer Akteure zusammengeführt werden? Wie können die bisher erarbeiteten Ideen und Konzepte tatsächlich so offen und partizipatorisch in den Entstehungsprozess der Post-2015-Agenda integriert werden, wie es die UN anstrebt?

Die OWG trifft sich noch einige Mal bis Februar 2014. Innerhalb der 68. Sitzungsphase (September 2013 bis September 2014) der Generalversammlung muss die OWG einen abschließenden Bericht mit konkreten Zielen fertig stellen. Die Zeit drängt also.

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung zu Rio+20 und dem SDG-Prozess.

1 Macharia Kamau auf der zweiten Sitzung der OGW. IISD (22. April 2013): »Summary of the Second Session of the UN General Assembly Open Working Group on Sustainable Development Goals: 17-19. April 2013«, IISD Reporting Service 32:2. http://www.iisd.ca/download/pdf/enb3203e.pdf

© Quelle: http://stuffexpataidworkerslike.com/2012/03/07/toonseawl-pondering-the-post-2015-world/

LICHT UND SCHATTEN EINER NEUEN GLOBALEN PARTNERSCHAFT

High Level Panel des UN-Generalsekretärs zur Post-2015 Entwicklungsagenda legt Abschlussbericht vor

Die hohen Erwartungen an einen mutigen und ambitionierten Beitrag des High Level Panel (HLP) für eine neue globale Entwicklungsagenda waren schon im Vorfeld der Veröffentlichung des Abschlussberichts gedämpft worden. Entsprechend gemischt fällt eine erste Bilanz aus. Während das HLP die Reduzierung von Ungleichheiten und nicht-nachhaltigen Produktions- und Konsummustern unterstreicht, bleibt der Bericht einem grün gewandeten traditionellen Wachstumsansatz verhaftet. Leerstellen klaffen auch bei zivilgesellschaftlichen Forderungen nach einem starken Menschenrechtsbezug sowie der Rechenschaftspflicht der Regierungen für die Zielerreichung. Als Blaupause für eine ambitionierte und transformative globale Entwicklungsagenda sind die Vorschläge daher nur bedingt tauglich.

Am 30. MAI war es endlich soweit: Das High Level Panel zur Post-2015 Entwicklungsagenda legte dem UN-Generalsekretär seinen mit Spannung erwarteten Abschlussbericht vor. Im Kern steht die Forderung nach einer neuen globalen Partnerschaft, die bis zum Jahr 2030 den Weg aus extremer Armut und hin zu einer nachhaltigen Entwicklung weisen soll. Das HLP spricht sich klar dafür aus, im September 2013 eine einheitliche globale Entwicklungsagenda zu schaffen, die das Ziel der Überwindung extremer Armut mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung verschränkt und damit die zwischenstaatlichen Prozesse zu einer Post-2015-Entwicklungsagenda als auch den Follow-up Prozess zum Rio+20-Gipfel zusammenführt.

Der Bericht ist das Ergebnis einer zehnmonatigen intensiven Arbeit der 27-köpfigen Gruppe unter Leitung der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf, des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono und

des britischen Premiers David Cameron, der auch der ehemalige deutschen Bundespräsident Dr. Horst Köhler angehörte. Neben fünf Arbeitstreffen führte das HLP eigenen Angaben zufolge seit Juli 2012 umfangreiche Konsultationen mit über 5.000 zivilgesellschaftlichen Gruppen aus 121 Ländern durch.

Eine neue globale Post-2015 Agenda muss der Vision des HLP zufolge von fünf großen Transformationsprozessen getrieben sein:

1. Keinen Menschen zurücklassen (»Leave no one behind«)
2. Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen
3. Wirtschaftsweisen für Jobs und inklusives Wachstum transformieren
4. Frieden und effektive, offene und verantwortliche Institutionen schaffen
5. Eine neue globale Partnerschaft aufbauen

Damit wird der Bericht seinem Mandat, einen Entwurf einer neuen großen Erzählung für eine transformative globale Entwicklungsagenda vorzulegen, die Armutsüberwindung und nachhaltige Entwicklung zusammenführt, rhetorisch gerecht. Darüber hinaus hebt der Bericht globale Herausforderungen wie Frieden, Ungleichheit, Klimawandel, Städte, Sorgen junger Menschen und nachhaltige Produktions- und Konsummuster als Querschnittsthemen hervor. Bei näherer Betrachtung handelt es sich aber keineswegs um die Blaupause für einen globalen Kurswechsel hin zu einem besseren Leben für alle, dass eine Abkehr von nicht-nachhaltigen Produktions- und Konsummustern sowie dem Wachstumszwang als vermeintliche Grundvoraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung empfiehlt. Mit seiner Konzentration auf inklusives und grünes Wachstum scheut das HLP vielmehr vor der Erkenntnis zurück, dass es angesichts der planetarischen Grenzen und der Risiken des Überschreitens globaler Kipp-Punkte ein Weiter-so-wie-bisher nicht geben kann und nicht geben darf. Während jüngste Analysen des Internationalen Währungsfonds IWF und anderer belegen, dass (einkommens-) gleichere Gesellschaften nachhaltigeren Wohlstand hervorbringen und die Zufriedenheit der Bevölkerung steigern, formuliert der Bericht keine konkreten Empfehlungen zur gesellschaftlichen Umverteilung. Der Bericht scheitert auch daran, konkrete Wege zu einem Paradigmenwechsel hin zu einer globalen Partnerschaft auf Augenhöhe zu beschreiben, nicht zuletzt durch die starke Betonung der Wirtschaft und ihrer Interessen. So taucht der Begriff »transformative« zwar 22-mal im Text auf, die Schlagworte »business«, »corporations« oder »companies« hingegen etwa 120-mal. Die konkreten Vorschläge zur Reform des globalen Finanzsystems zielen aber lediglich auf die Systemstabilisierung sowie die Unterstützung langfristiger und vorhersagbarer privater Direktinvestitionen sowie eine offene und entwicklungsfreundliche Handelspolitik ab, sie bleiben konzeptionell dem »trickle-down« Ansatz verhaftet. Leider konnte sich hier der deutsche Ex-Bundespräsident Horst Köhler mit seinem Appell für eine globale strukturelle Transformation vor allem in den Industrieländern, die zu einer Neudefinition von Wohlstand und Wirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen führt, nicht durchsetzen. Zu begrüßen ist dagegen die explizite Betonung des Kampfes gegen Korruption, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und aggressive Steuervermeidung transnationaler Konzerne, wenn sie auch appellativ erfolgt und ohne konkrete Zielvorgaben bleibt. Fehlanzeige auch bei der Notwendigkeit der Reform der Global Governance Architektur, einem internationalen Staateninsolvenzverfahren oder Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene.

Zentrale Aufgabe einer neuen Entwicklungsagenda müsse dem Bericht zufolge die Überwindung extremer Armut bis zum Jahr 2030 sein. Die auch von der liberianischen Präsidentin und Ko-Vorsitzenden Johnson-Sirleaf formulierte Erwartung, »innerhalb dieser Generation in der Lage zu sein, die absolute Armut zu überwinden«, wird aber wahrscheinlich unerfüllt bleiben: Die vom HLP aus dem MDG-Katalog übernommene Einkommensschwelle von 1,25 US-Dollar müsste jüngsten Schätzungen zufolge auf mindestens 1,45 US-Dollar angehoben werden. Andererseits räumt auch das HLP ein, dass bei gleichbleibenden Wachstumsraten im Jahr 2030 immer noch fünf Prozent der Weltbevölkerung in absoluter Armut leben werden. Gemessen am visionären Anspruch des Berichts ist das völlig unzureichend, einmal davon abgesehen, dass die multidimensionale Natur der Armutsursachen völlig ausgeblendet bleibt. Allerdings ist der Vorschlag, die Indikatoren nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Ort, sowie besonderer sozialer Verwundbarkeit zu disaggregieren, ein deutlicher Fortschritt in der Messung absoluter Armut gegenüber dem bisherigen Zielkatalog. Dementsprechend dürften neue Ziele nur dann als erfüllt gelten, wenn sie es auch für die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sind.

Mit der nun vorgelegten Vision einer neuen globalen Partnerschaft

© Dieter Schütz / pixelio.de

schreibt das HLP im Wesentlichen das auch den MDGs zugrunde liegende hilfebasierte Entwicklungsmodell fort, anstatt eine auf die Verwirklichung der universellen Menschenrechte und der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit weltweit ausgerichtete Perspektive für eine Post-2015 Agenda zu entwerfen. Anlässlich des vierten Treffens des HLP Ende März 2013 auf Bali fasste der stellvertretende Vorsitzende von Beyond 2015, der Kenianer Mwangi Waituru, die zivilgesellschaftliche Kritik an der fehlenden Menschenrechtsfundierung wie folgt zusammen: »Menschenrechte dürfen nicht an den Rand einer Post-2015-Agenda gedrängt werden. Vielmehr müssen sie der Grundstein sein, auf den die globale Partnerschaft aufbaut. Auch die Umsetzung des Rahmenwerks muss auf einem menschenrechtsbasierten statt auf einem karitativen Ansatz aufbauen.«

Illustriert wird die Vision einer gesellschaftlichen Transformation von einem Set von zwölf konkreten Zielen und Indikatoren (vgl. DFID-infographik).

Alle Ziele sind miteinander verwoben und in der Reichweite der Indikatoren auf das Jahr 2030 ausgerichtet. Mit dem Vorschlag eines konkreten und halbwegs kohärenten Zielkatalogs mit relevanten, messbaren und zeitgebundenen Unterzielen geht das HLP über die ursprüngliche MDG-Agenda hinaus. Nachhaltigkeitsperspektiven sind nun zwar in etwa der Hälfte der vorgeschlagenen Ziele und Indikatoren berücksichtigt, darunter zu Energie, Jobs, Biodiversität, Böden und Desertifikation. Allerdings wird das Konzept der Einhaltung der planetarischen Grenzen nur mit Bezug auf den globalen Klimawandel thematisiert, und auch dort bleibt die Frage nach einer gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung der Staaten, also auch die nach der historischen Verantwortung der Industrieländer, unbeantwortet. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Reflection Group on Global Development Perspectives oder das Center for Economic and Social Rights (CESR) hatten wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, in eine neue Entwicklungsagenda menschenrechtebasierte Überprüfungssysteme zu integrieren, die die Rechenschaftslücken der bisherigen MDGs überwinden und die konkrete Verantwortung der Regierungen, internationaler Institutionen und der Privatwirtschaft für die Umsetzung einer neuen globalen Partnerschaft benennen.

Der Bericht des HLP enthält nach einer ersten Analyse also wenige Überraschungen für diejenigen bereit, die sich auf zivilgesellschaftlicher Seite seit langem intensiv mit der Post-2015 Debatte befassen. Aber er birgt eine wichtige Lektion: Nicht zuletzt aufgrund der politik- und wirtschaftslastigen Zusammensetzung des HLP erscheint der Bericht wie das Ergebnis eines zwischenstaatlichen Verhandlungsprozesses, indem er bereits einige der realpolitischen Minimal-Kompromisse vorwegnimmt, die in UN-Verhandlungsprozessen zu erwarten sind. Als Blaupause für eine ambitionierte und transformative globale Entwicklungsagenda ist er aber nur eingeschränkt tauglich, die Aufmerksamkeit wird sich daher jetzt rasch auf den vom UN-Generalsekretär in Vorbereitung auf das hochrangige UN-Event im September erwarteten neuen Bericht konzentrieren.

© DFID, Quelle: https://www.gov.uk/government/news/we-can-end-global-poverty-by-2030-united-nations-report

Dr. Klaus Schilder

Der Autor ist Referent für Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Entwicklung bei Misereor.

Weitere Informationen:
Bericht des High Level Panel zur Post-2015-Entwicklungsagenda »A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development« (http://www.post2015hlp.org/featured/high-level-panel-releases-recommendations-for-worlds-next-development-agenda/)

© Erwin Lorenzen / pixelio.de

Sind die Weichen gestellt?

MIT MIGRATION UND KOHÄRENZ ZU MEHR ENTWICKLUNG?

EU-Kommission stellt Europäischen Entwicklungsbericht und Ideen für die Post-MDG-2015-Agenda vor

Für EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs besteht nach eigener Auskunft kein Zweifel: Armutsbekämpfung und globale Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen. Und deshalb müsse eine Post-2015-Agenda, wie immer sie dann auch genau heißen mag, in jedem Fall beides enthalten. »Die EU will das in einem einzigen Prozess zusammenführen. Es muss ein Set von Zielen mit einfachem Aufbau geben«, so Piebalgs bei der Vorstellung des jüngsten europäischen Entwicklungsberichtes (European Report on Development, ERD), Anfang April in Brüssel. »Allerdings sind wir nicht die Einzigen in der Welt«, räumte der Kommissar ein. »Es kann sein, dass einige Länder sagen werden, wir hätten lieber zwei getrennte Konzepte. Nach unserer Ansicht wäre das falsch, und wir werden versuchen, möglichst viele von unserem Ansatz zu überzeugen.«

FAIRNESS, ZUGANG zu Gerechtigkeit, Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltiges Wirtschaften seien unabdingbare Voraussetzungen für Armutsbekämpfung, so Piebalgs weiter – und genau so analysiere es auch der mittlerweile vierte Europäische Entwicklungsbericht. Dieser wurde von der EU-Kommission und sieben Mitgliedsstaaten (Deutschland, Finnland, Luxemburg, Schweden, Spanien, Frankreich und Großbritannien) gefördert und von drei unabhängigen Forschungsinstituten verfasst, dem Overseas Development Institute (ODI), dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und dem European Centre for Development Policy Management (ECDPM). »Der Bericht gibt also nicht die offizielle Meinung der EU-Kommission wieder, aber er liefert uns wichtige Perspektiven«, so Piebalgs in Brüssel.

Und die sehen mit Blick auf eine künftige Entwicklungsagenda nach Worten von ERD Teamleiter James Mackie vom ECDPM so aus: »Wir wollen auf jeden Fall auf den Erfahrungen mit den Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) aufbauen. Die UN-Deklaration bleibt eine solide Basis«. Allerdings müsse ein solches Konzept »beyond aid« reichen. Es komme vor allem auf »empowerment« und »national ownership« der Betroffenen an und darauf, die Universalität einer neuen Agenda klar zu definieren. Denn bei allem globalen Ansatz: die Wege hin zu erfolgreicher Armutsbekämpfung und Entwicklung können für einzelne Länder ganz unterschiedlich sein, wie Mackie betonte. Der Bericht selbst zeigt das anhand von vier Länderbeispielen auf: Nepal, Ruanda, die Elfenbeinküste und Peru.

Was haben die Millenniumsentwicklungsziele gebracht?

So seien in dem LDC (Least Developed Country)-Land Nepal 20 Prozent der Armutsreduzierung auf nichtstaatliche Finanzquellen, wie die Rücküberweisungen von Auswanderern an ihre Familien, zurückzuführen. Ruanda dagegen – ebenfalls eines der ärmsten Entwicklungsländer – finanziere seinen Staatshaushalt immer noch zur Hälfte mit Geldern aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Die Elfenbeinküste wiederum habe in den vergangenen Jahren eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht – allerdings getrübt durch jüngste Konflikte und eine zu große Abhängigkeit von Rohstoffexporten. Das habe auch weitere Fortschritte im Rahmen der Millenniumsziele behindert. In Peru schließlich haben die MDGs laut ERD ohnehin eine geringere Rolle gespielt, weil das Land schon vorher über einen nationalen Entwicklungsplan verfügte. Doch trotz hoher Investitionen in soziale Sicherheit, bleibe Peru ein sozial höchst gespaltenes Land. Hier müsse noch stärker als bisher mit der EU kooperiert werden.

Angesichts solcher unterschiedlichen Resultate empfehlen die Autoren des ERD, die Finanzierung für Entwicklung künftig mehr als bisher zu diversifizieren. So seien die die Gelder der Geberländer (ODA) zwar nach wie vor wichtig. Gleichzeitig aber erhielten alternative Finanzierungsinstrumente, wie etwa die Überweisungen von Migranten oder auch die Verbesserung der Steuereinnahmen in den Entwicklungsländern, eine höhere Bedeutung. Dementsprechend nimmt auch das Thema Migration, einen breiten Raum in dem Report ein – als ein Motor für Entwicklung neben Handel und Investition. Hier müsse es zu internationalen Bestimmungen kommen, die Auswanderung künftig eher erleichtern als behindern. Stephan Klingebiel vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, ebenfalls

einer der Autoren des Reports fasst es so zusammen: »Die Eigeneinnahmen von Entwicklungsländern sind in aller Regel die wichtigste Finanzierungsquelle. Das gilt selbst für ärmste Entwicklungsländer.«

Kritik an derartigen Vorschlägen kommt derweil von Teilen der Zivilgesellschaft. So befürchtet etwa CIDSE, ein Verband von 17 katholischen Nichtregierungsorganisationen aus Europa und den USA mit Sitz in Brüssel; dass mit einer breiter angelegten Entwicklungsfinanzierung vor allem die Förderung ausländischer Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern noch weiter vorangetrieben wird. Das aber könne nur im Einzelfall sinnvoll, jedoch keinesfalls ein Allheilmittel sein, sagt CIDSE-Sprecher Markus Drake und warnt vor groß angelegtem Agrobusiness etwa in Afrika: »Klar, das kann neue Möglichkeiten eröffnen. Doch vielfach zerstört es einfach nur lokale Agrikultur und lokale Märkte.«

Politikkohärenz bleibt Herausforderung

Auf weniger Kritik dürften dagegen andere Forderungen im Europäischen Entwicklungsbericht stoßen – etwa die nach Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen für Produkte aus Entwicklungsländern. Schließlich wird das schon seit Jahren auch von Nichtregierungsorganisationen gefordert. Nötig wäre mehr Politikkohärenz für Entwicklung, wie sie auch EU-Kommissar Andris Piebalgs deutlich von seinen Kommissionskollegen und nationalen Politikern einfordert. Doch er weiß auch, dass die Wirklichkeit anders aussieht. »Politikkohärenz bleibt eine echte Herausforderung«, so Piebalgs. »Denn in Krisenzeiten haben die Menschen die Tendenz zur Abschottung statt zu einer offenen Agenda. Das ist in der EU nicht anders.« Und zeige sich nicht nur in der Handelspolitik, sondern auch durch protektionistische Einwanderungsregelungen sowie durch den deutlichen Rückgang der ODA. So hätten nur vier Mitgliedsstaaten ihre Entwicklungshilfe im vergangenen Jahr erhöht. Und das, so Piebalgs, finde er ganz einfach »shocking«. Dennoch hofft er, andere davon überzeugen zu können, dass es Wohlstand in der EU nur geben kann, wenn es auch den Menschen im Süden gut geht: »Politikkohärenz macht die EU stärker und reicher.«

Zivilgesellschaftliche Beobachter, wie CIDSE und andere kirchliche Organisationen, darunter auch die Caritas und der evangelische Verband APRODEV, sind skeptisch, dass sich diese Überzeugung so bald politisch durchsetzt. Sie hatten schon das im Februar veröffentliche Kommuniqué der EU zu einer Post-2015-Agenda mit dem Titel: «Ein würdiges Leben für alle« scharf kritisiert. Denn trotz aller Bekundungen zu einer nachhaltigen Agenda halte man am Wachstumsparadigma fest, so die Kritiker. Tatsächlich spricht die EU-Kommission zwar von »inclusive and sustainable growth« – aber eben weiterhin von «growth".

Skepsis aus dem Süden

Skepsis gegenüber einer künftigen Entwicklungsagenda und dem Konzept der Sustainable Development Goals (SDG) kommt zudem weiterhin, wie schon im vergangenen Jahr rund um die UN-Konferenz in Rio, aus dem Süden. So befand Debapriya Bhattacharya aus Bangladesh, der Vertreter des Südens im Verhandlungsprozess um die Post-2015-Agenda, in Brüssel: »Die nachhaltige Entwicklung wird derzeit von der Umweltlobby dominiert.« Nur wenn sichergestellt sei, dass Umweltschutz nicht im Gegensatz zur Armutsbekämpfung steht, könnten sich die Entwicklungsländer damit einverstanden erklären. Zwar müsse es eine Balance zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen geben, so Bhattacharya weiter, weil Umweltzerstörung durchaus die Armut vergrößere. Doch Ursache und Wirkung müssten genau bedacht werden. »Wenn das Konsumverhalten im Norden zur Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern beiträgt«, dann müssen die Ziele ganz klar so gestaltet sein, dass der reiche Teil der Welt seine Verantwortung übernimmt und nicht nur Umweltschutz von den armen Ländern einfordert.«

Mit Blick auf den Europäischen Entwicklungsbericht kritisiert Bhattacharya außerdem, dass nichts zum Thema Zugang zu Technologie für arme Länder gesagt werde. Internationale Bestimmungen zu geistigen Eigentumsrechten behinderten aber nach wie vor diesen Zugang und müssten dringend reformiert werden. Auch würden die Gelder aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit viel zu selten dafür verwendet, die Produktivitätskapazitäten der Entwicklungsländer zu erhöhen. Vor allem aber, so der Mann aus Bangladesh, müsse Europa erst mal »sein eigenes Haus in Ordnung bringen«. Denn: »Wie kann es sonst dem Rest der Welt helfen?« Ob die Stimme des Südens in der Debatte um die Post-2015-Agenda wirklich ernst genommen werde, müsse sich allerdings erst noch zeigen.

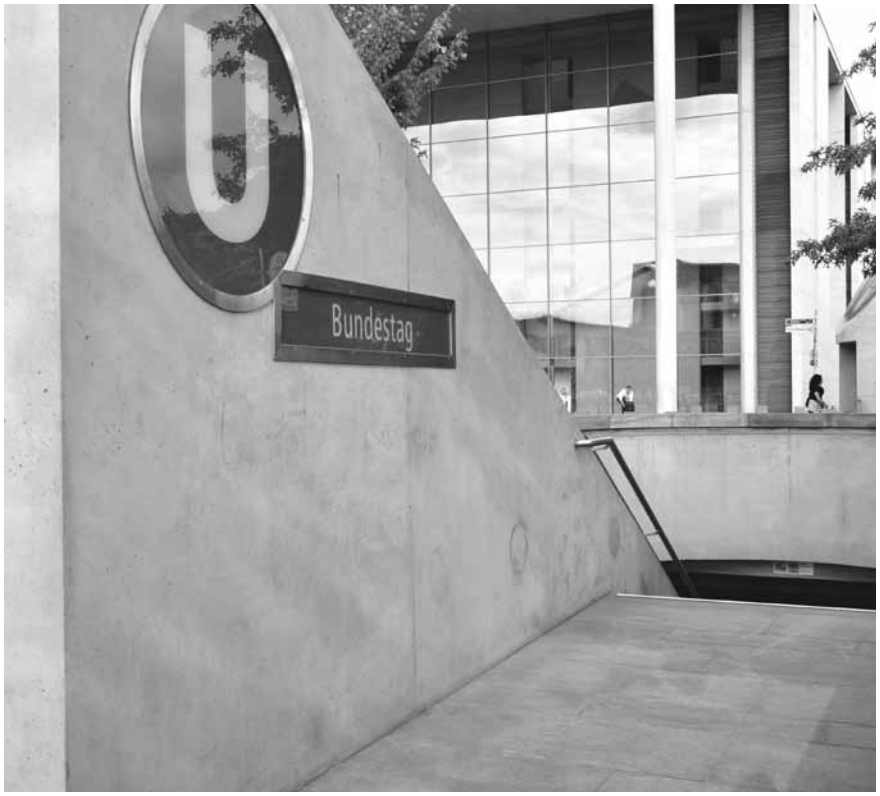
Zivilgesellschaft muss gehört werden!

Ernst genommen werden in dieser internationalen Diskussion sollte auch die Zivilgesellschaft. Das jedenfalls haben VENRO und das Forum Umwelt und Entwicklung in einer Stellungnahme zur Post-2015 Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda ganz klar betont. Dort wird ein partizipativer Ansatz der Debatte gefordert, der »nicht auf die internationale beziehungsweise zwischenstaatliche Ebene begrenzt« sein dürfe, sondern »auf nationaler Ebene Parlamente und Zivilgesellschaften einbeziehen« müsse. Im Europäischen Entwicklungsbericht indes ist zu diesem Thema nicht viel zu finden. DIE-Vertreter Klingebiel verweist aber darauf, dass man für die Erstellung des Berichtes, insbesondere für die Untersuchung in den vier ausgewählten Ländern, ja lokale Think Tanks mit einbezogen habe.

Dass überdies ein »hoch konsultativer« Prozess auch Gefahren in sich birgt, darauf verweist Garry Conille, unabhängiger MDG-Experte aus Haiti und Berater der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf. So könnte man am Ende gezwungen sein, sich statt auf das größtmögliche Ziel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Das gelte es in jedem Fall zu verhindern. Ebenso wie die Gefahr, eine künftige Entwicklungsagenda zu überfrachten. Conille: »Eine Agenda mit 25 oder 30 Zielen macht keinen Sinn.« Sein Wunsch: »Dass ein künftiges Konzept für nachhaltige Entwicklung von jedem Kind in Ghana verstanden werden kann.« Einfach wird das nicht werden. Können doch schon die ursprünglichen acht Millenniumsziele kaum von Erwachsenen außerhalb der entwicklungspolitischen Szene so richtig erläutert werden.

Monika Hoegen

Die Autorin ist entwicklungspolitische Fachjournalistin in Brüssel und Köln.



© Ruth Rudolph / pixelio.de

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZUM POST-MDG- UND SDG-PROZESS

Experten geben Parlamentariern Antworten

Mit der Konkretisierung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development goals – SDGs) beschäftigt sich in erster Linie die UN, aber auch nationale und internationale Gremien und Forschungseinrichtungen haben mittlerweile eine Reihe von Vorschlägen formuliert. Von der UN wird explizit betont, dass man einen transparenten, partizipatorischen Prozess führen möchte, welcher Zivilgesellschaft, privaten Sektor und Parlamenten die Möglichkeit der kritischen Beteiligung ermöglicht und somit idealerweise eine neue Entwicklungsagenda auf einem möglichst breiten Konsens ruhen wird. Hierzulande fand am 17. April 2013 eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des deutschen Bundestages statt, bei welcher Experten neueste Erkenntnisse des Post-2015 Prozesses darstellten und anschließend Fragen von Parlamentariern aller Fraktionen beantworteten.

DEN ANFANG MACHTE Prof. Dr. Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), der betonte, der erste Schritt in der Formulierung einer neuen Entwicklungsagenda sei die Auseinandersetzung mit dem Erbe und den Lehren der Millennium Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs). Im Gegensatz zum Entstehungsprozess der MDGs sei dieses Mal die gleichgestellte Beteiligung von Schwellenländern, Entwicklungsländern und OECD-Ländern an der Formulierung einer zukünftigen Agenda Voraussetzung. Außerdem würden neue, globale Faktoren wie der Aufstieg der Schwellenländer, der Mittelklasse, die steigende Urbanisierung und die Veränderung der Armutslandkarte berücksichtigt. Kernpunkte einer neuen Agenda sah Messner aus diesem Grund in globaler Armut und der wachsenden Schere zwischen Gesellschaftsschichten, planetaren Grenzen, globalen öffentlichen Gütern wie Frieden und Sicherheit, Finanzen oder Infrastruktur sowie globalen Wohlfahrtskonzepten. Für den SDG-Prozess schlug er ein Zwei-Säulen-Konzept vor, bei welchem er zum einen Nachhaltigkeitsziele für die nationale Ebene sehe, welche zusätzlich zu bestehenden Zielen der MDGs außerdem Gleichheit, Ressourcen- und Energieeffizienz umfassten. Zum anderen sollten umfassende Entwicklungsziele formuliert werden, die sich mit globalen Gütern und global governance beschäftigten.

Im Folgenden wies Nikhil Seth vom UN Department for Economic and Social Affairs (UNDESA) auf die Schwierigkeit hin, den SDGs einerseits einen universellen Charakter zu geben und gleichzeitig den jeweiligen Standard eines Landes zu berücksichtigen. Dafür müssten die SDGs weiter gefasst sein als die MDGs und aktuelle Trends wie den Klimawandel berücksichtigen. Themenbereiche für die Ziele umfassten für ihn Aspekte der traditionellen MDGs zusätzlich zu ökonomischen Aspekten ebenso wie beispielsweise die Berücksichtigung von Ökosystemen, Arbeit und dem Schutz vor Gewalt. Seiner Meinung nach habe Deutschland schon jetzt eine globale Verantwortung und solle auch im Post-2015-Prozess eine Führungs- und Vorbildrolle übernehmen.

Verbindung von Armut und Umwelt

Die Verbindung von Armut und Umwelt stand bei Jan Dusik vom United Nations Environmental Programme (UNEP) besonders im Vordergrund. Er erklärte, die MDGs hätten sich kaum mit Umwelt beschäftigt, so dass in vielen Umweltbereichen sogar Rückschritte zu beobachten seien. Zukünftig sei es wichtig, Umwelt als Querschnittsthema zu betrachten, um Synergien und Messbarkeit zu erlangen. Hierzu gehöre, laut Dusik, auch die Formulierung klarer Indikatoren auf Länderebene.

Die Etablierung von Indikatoren spielte zusammen mit dem Problem

der Messbarkeit und Sammlung verlässlicher Daten auch für Gilbert Fossoun Houngbo von der International Labour Organization (ILO) eine besondere Rolle. Konsequenzen der Nichteinhaltung der Ziele seien seiner Meinung nach noch nicht angemessen angesprochen worden. Besonders hervorgehoben wurde von ihm der Aspekt der qualitativ guten Beschäftigung.

Armut im Zentrum mit einem Leitbild für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit

Konkrete Handlungsanweisungen und Vorschläge für künftige SDGs kamen von Seiten der Zivilgesellschaft und waren vom Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und dem Forum Umwelt und Entwicklung gemeinsam verfasst worden. Vertreten durch Klaus Schilder von VENRO erklärten sie Beteiligung aller Akteure, klare Konsultationsprozesse sowie Rechenschaftslegung müssten wichtige Grundlagen einer neuen Agenda sein. Diese sollte auf bestehenden Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit ruhen, wie den Menschenrechten, Geschlechtergleichheit, Nachhaltigkeit, Frieden, Gerechtigkeit, Rechten zukünftiger Generationen, Sicherung internationaler Übereinkommen sowie der gleichen aber differenzierten Verantwortung. Trotz eines universellen Charakters sollte die Agenda konkrete Ziele haben, welche Schilder in der Überwindung von Armut, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, nachhaltigen Lebensstilen sowie Global Governance sah. Die Überwindung von Armut und Ungleichheit solle dabei im Zentrum stehen mit der Ausrichtung an einem Leitbild für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit. Hierzu gehöre laut Schilder auch die Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks und der planetarischen Grenzen.

Gesundheit, Public-Private-Partnership, Schulbildung, Infrastruktur und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen standen für Oliver Wieck vom Bundesverband der Deutschen Industrie im Post-2015-Prozess an erster Stelle. Wieck wies darauf hin, verantwortungsvolles Wirtschaften dürfe nicht nur bei OECD-Ländern bestehen und Nachhaltigkeit müsse universell akzeptiert sein, damit keine Nachteile entstünden, weil sich manche Länder nicht an vereinbarte Standards in Produktion und Handel hielten.

Fragen zur Verschmelzung des MDG-SDG-Prozesses

Auf Nachfrage der Parteien betonten alle Experten, die SDGs sollten unbedingt auf den MDGs aufbauen. Seth merkte an, es gäbe schon jetzt Umfragen unter den UN-Mitgliedsstaaten, welche zu einer Reihe möglicher Gruppen von SDGs geführt hätte. Hierzu gehörten die MDG-Themen, ebenso wie Naturkatastrophen, Landdegradation, Ozeane, Nachhaltige Städteentwicklung, Energie, Arbeit, Wasser, Konsum, Produktion, Ernährungssicherheit, Inklusives Wachstum, soziale Inklusion und Gleichheit und Infrastruktur. Zur Definition des SDG-Prozesses wollten die Grünen, Linken sowie CDU/CSU erfahren, wie sich die Ziele im Hinblick auf den Konflikt um die unterschiedlichen Voraussetzungen, Interessen und Ziele der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer konkretisieren lassen könnten. Messner wies darauf hin, dass einige Schwellenländer tatsächlich die MDGs und SDGs unabhängig voneinander laufen lassen wollten, auch weil sie sich nicht unbedingt selber an Nachhaltigkeitsstandards halten wollten (ebenso wie einige Industriestaaten). Dennoch könnten die SDGs nur mit der Beteiligung aller Länder erfolgreich sein.

Die Frage nach der konkreten Partizipation der Parlamente und anderer Akteure spielte für alle Abgeordneten eine besondere Rolle. Seth begrüßte das Interesse und appellierte an die Parlamentarier sich in die Debatte einzubringen, bevor die Regierungen zu UN-Gesprächen aufbrächen.

Finanzierung und Messbarkeit noch nicht geklärt

Die Punkte Finanzierung und der Messbarkeit warfen bei den Abgeordneten weitere Fragen auf. Schilder und Messner forderten in diesem Zusammenhang eine Steuer- und Finanzmarktreform. In Bezug auf Messbarkeit verwies Seth auf die UN-Statistikkommission, welche sich zurzeit mit der Formulierung von Indikatoren und der Beschaffung von Daten beschäftige. Dusik und Schilder bestätigten die Notwendigkeit von Indikatoren, diese gäbe es schon im Umweltbereich sowie im Bereich der Menschenrechte. Laut Wieck sei allerdings weniger Messbarkeit sondern Koordination der Entwicklungspolitik der notwendige Weg.

Schließlich beschäftigte sich die Diskussion mit der Frage der »Green Economy« und des »Green Growth«. Die Grünen fragten in diesem Zusammenhang, inwiefern Wachstum mit Entwicklung verbunden sein sollte. Houngbo erklärte, Wachstum würde gebraucht, müsse aber gleichzeitig mit qualitativer Beschäftigung verbunden sein. Wieck betonte ebenfalls, dass Wachstum wichtig sei, dieses aber global nachhaltig gestaltet werden müsse.

Vier mögliche SDG-Modelle

Schließlich wollten die Abgeordneten erfahren, welches Ergebnis der Prozess zur Formulierung der SDGs am Ende wohl annehmen werde. Messner antwortete hierauf abschließend, er sehe vier mögliche Ziele: 1. Universelle Ziele für manche Felder (zum Beispiel Ressourceneffizienz), die dann für alle Länder gälten; 2. Staaten gäben nationale Ziele an (zum Beispiel Grundschulbildung), trotzdem gäbe es universelle Ziele; 3. Es existierten bestimmte Ziele für Ländergruppen (fragile Staaten hätten beispielsweise andere Ziele); 4. Ziele für globale öffentliche Güter, zu welchen Länder unterschiedlich beitrügen, es aber gemeinsame Anstrengungen gäbe.

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung zu Rio+20 und dem SDG-Prozess.

DAS GEPLANTE FREIHANDELS- & INVESTITIONSABKOMMEN EU – USA

Ein transatlantisches Elitenprojekt voller Gefahren

Stolz twitterte Wirtschaftsminister Philip Rösler am 12. Juni 2013: »BReg hat heute umfassenden #EU Mandat f #Freihandelsabkommen mit USA zugestimmt, ohne Vorbehalte jetzt.« Nach Verabschiedung des vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Mandates auf EU-Ebene sollen nach offiziellem Verhandlungsstart im Juni 2013 die ersten drei EU-US-Verhandlungsrunden noch bis zum Jahresende stattfinden. KritikerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks warnen vor enormen Gefahren. Denn im Kern geht es beim Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) um neue handels- und investitionspolitische Begrenzungen für die Regulierungsmöglichkeiten der beteiligten Länder, also um neue Fesseln für die Demokratie.

DIE ZÖLLE ZWISCHEN den USA und der EU sind gering. Die Wirtschaftslobby drängt bei TTIP vor allem auf andere Dinge:

1. So genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse (Non-Trade Barriers, NTBs) sollen durch die Angleichung oder den Abbau rechtlicher Vorschriften beseitigt werden.
2. Investitionsströme sollen weiter liberalisiert und Investoren noch wirksamer als bisher vor Regulierungen (interpretiert als »indirekte Enteignungen« oder »ungerechte Behandlung«) geschützt werden. Konzernen sollen hierzu neue privilegierte Klagerechte gegen Staaten vor Internationalen Schiedsgerichten eingeräumt werden.[1]
3. Die Eliten der beiden großen atlantischen Handelsmächte wollen sich im TTIP zusammentun, um angesichts veränderter Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt (Aufstieg der Schwellenländer) ihre Regeln als globale Normen zu setzen. An diesen sollen sich dann bei Themen wie geistiges Eigentum, Energie, Rohstoffen, Kapitalverkehr oder Investitionen zukünftig alle Länder weltweit ausrichten.

Gefahren für den Verbraucherschutz und eine naturverträgliche Landwirtschaft

Die Unterschiede zwischen den Regulierungssystemen der USA und der EU sind jedoch enorm. Beispiel Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Die USA kennen kein vergleichbar strenges Zulassungsverfahren und Haftungsregeln für gentechnisch veränderte Organismen (GVO); Lebensmittel, die GVO enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden. Wachstumshormone in der Rinderzucht sind erlaubt und werden großflächig eingesetzt. Bei Geflügelfleisch setzt die EU darauf, Hygeniestandards für die verschiedenen Schritte zwischen Aufzucht und Schlachtung zu definieren und zu kontrollieren, um die Keimbelastung gering zu halten. In den USA sind diese Standards lascher, aber dafür werden Hühnchen dort nach der Schlachtung routinemäßig mit Chlordioxid behandelt. Genfood, Hormonfleisch und Chlorhühnchen sind nur die prominentesten Beispiele. Grundsätzlich steht der erweiterte Marktzugang für derartige Agrarprodukte ganz oben auf der amerikanischen Prioritätenliste für TTIP. Die angestrebte Anwendung »einheitlicher Standards für den Schutz geistigen Eigentums« bedeutet im Landwirtschaftsbereich zudem nichts anderes als die Patentierbarkeit von Saatgut und damit mehr Kontrolle für die Konzerne und weniger Vielfalt auf den Äckern.

Fracking gegen das Vorsorgeprinzip

Wie bei der Gentechnik ist auch bei der Zulassung und Verwendung von Chemikalien die europäische Politik stärker vom Vorsorgeprinzip geprägt. Die europäische Chemikalien-Richtlinie REACH verlangt daher umfangreiche Prüfungen und Nachweise, bevor Chemikalien verwendet werden dürfen. Das ist sinnvoller Umwelt- und Gesundheitsschutz, aus US- und oft auch europäischer Konzernsicht aber ein nicht-tarifäres Handelshemmnis.

Eine wichtige neue Risikotechnologie im Energiesektor ist das »Fracking« zur Gewinnung von Schiefergas. Beim Fracking wird ein Cocktail unterschiedlichster Chemikalien in den Untergrund verpresst, um Gas aus dem Gestein zu lösen. In den USA bestehen die Gaskonzerne darauf, die Zusammensetzung dieser Cocktails geheimzuhalten und legen keine detaillierten Daten zu möglichen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Grundwasser vor. So ein Vorgehen wäre mit REACH schwer möglich. Wenn durch das TTIP aber REACH-Regeln nach unten harmonisiert werden, könnnte das auch die Türen für Fracking in Europa öffnen.

Große Transformation statt Handelsliberalisierung

Wirtschaft und Regierungen rufen im TTIP-Kontext nach mehr Liberalisierung und Deregulierung. Oberflächliche und allgemein gehaltene Bekenntnisse zum Schutz sozialer und ökologischer Standards sollten nicht davon ablenken, dass es im Kern um den Abbau dieser Errungenschaften geht – und darum, den Spielraum für zukünftige Regulierung einzuschränken. Zivilgesellschaftliche Gruppen auf beiden Seiten des Atlantiks stellen ganz andere Fragen: Wie kann in Anbetracht der sich zuspitzenden Klima-, Ressourcen- und Wirtschaftskrisen eine große, sozialökologische Transformation gelingen? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? TTIP wird auf diese Fragen keinerlei Antworten geben. Im Gegenteil – es wird, wenn erfolgreich, den Weg zur großen Transformation weiter erschweren.

Lutz Weischer & Peter Fuchs

Lutz Weischer ist Stellvertretender Sprecher des Bundesarbeitskreises Internationale Umweltpolitik des BUND.

Peter Fuchs ist bei PowerShift e.V. aktiv und koordiniert zusammen mit Lutz Weischer die AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung.

1 CEO/TNI: A transatlantic bill of rights. Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy. Brüssel, Juni 2013. Download: http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/corporate-bill-of-rights.pdf

»TTIP« NEIN DANKE!

Transatlantische Partnerschaft geht anders

Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP)

DIE REGIERUNGEN Europas und der USA planen das »transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen« (TTIP). BMW und Monsanto freuen sich; auch Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil. Doch brauchen die Menschen in Europa, den USA und im Rest der Welt wirklich einen großen, deregulierten transatlantischen Markt? Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist »gutes Leben« ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen?

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig - nicht zu viel – Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig – nicht zu viel – solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne.

Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen mehr Handelsströme und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. In der Realität kann das aber bedeuten: Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch landen ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Das geplatzte ACTA-Abkommen zum Urheberrecht kommt durch die Hintertür erneut - Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben auf der Strecke. Nur die niedrigeren Verbraucherschutz- und Umweltstandards bleiben übrig. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente.

Wir wollen:

Demokratie und Transparenz: Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssten umfassende und aktuelle Informationen und der vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Zudem muss die Kommission eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Seite durchführen lassen.

Rechtschutz für Menschen – statt privilegierte Klagerechte für Konzerne: Wir lehnen es ab, dass US-Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen im Rahmen so genannter Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip: Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP aber sollen auf Druck von US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden. Ein besonderer Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind v.a. die in ihren Augen zu langsame Zulassung und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa und die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffe ausgehenden Umweltgefahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschur werden. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht zu vereinbaren.

Kleinbäuerliche und ökologischere Landwirtschaft schützen: Bauern und Verbrauchern in Europa bringt TTIP keine Vorteile. In den USA ist der Verzehr von Klon- und Hormonfleisch sowie von Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen erlaubt. Geflügelfleisch wird mit Chlor behandelt, für gentechnisch veränderte Pflanzen gibt es weder ein durchgängiges, stringentes Zulassungsverfahren noch eine Kennzeichnungspflicht. Gentechnisch veränderter Lachs steht vor der Zulassung. Alles das wäre dann auch in Europa erlaubt. Auch das Patent- und Haftungsrecht unterscheidet sich in beiden Handelszonen an vielen Stellen. TTIP öffnet die Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen. Europäische Bauern gerieten unter noch mehr Wettbewerbsdruck. US-Exporteure würden verstärkt mit Soja und Milchprodukten auf den EU-Markt drängen und unsere Bemühungen, Soja durch einheimische Futterpflanzen zu ersetzen, unterlaufen. Statt noch mehr »Wachsen oder Weichen« brauchen wir den Schutz kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft.

Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards: Die strengeren europäischen Standards müssen Grundlage aller Verhandlungen sein. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht zwingend – auch für verarbeitete Produkte.

Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen: Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen

den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt. Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau nach unten angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

Internationale Solidarität und Kooperation statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren.

Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt weiterer Liberalisierungsoffensive. Essentielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr – dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen. Den dazu nötigen Gestaltungsspielraum auf nationaler und kommunaler Ebene drohen die TTIP Verhandlungen weiter zu beschneiden –mehr Druck in Richtung Privatisierung ist zu erwarten.

Schutz und Förderung der Vielfalt kulturellen Ausdrucksformen statt weiterer Liberalisierung. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Landesprogrammen. Dieser Gestaltungsraum wird durch die TTIP Verhandlungen zur Disposition gestellt.

Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte statt mehr Deregulierung und Freihandel. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise. Mit TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter liberalisiert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit statt noch mehr Exklusivrechte an »geistigem Eigentum« der Konzerne: Schützbares »geistiges Eigentum« findet sich in vielen Sektoren – Technologien, Pharmaprodukte, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen gängeln die großen Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker. Wissenschaft und Bildung werden behindert, immer mehr Werke verwaisen und gehen endgültig verloren, weil ihre Digitalisierung nicht erlaubt wird. Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern! 2012 wurde das ACTA-Abkommen von einer Welle der öffentlichen Empörung gestoppt– der Medienindustrie hätte es umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets beschert. TTIP ist ein neuer Anlauf, diese Monopolrechte einzuführen.

Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir – zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA – den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus!

Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen – gemeinsam werden wir es stoppen!

Unterzeichnende Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Attac

Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e. V.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. (BÖLW)

BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz

Deutschland e. V.

Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Hamburg

Campact

Christliche Initiative Romero e. V.

DNR – Deutscher Naturschutzring e. V.

FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V.

Forum Umwelt und Entwicklung

Gen-ethisches Netzwerk e. V.

INKOTA-netzwerk e.V.

Kampagne »Meine Landwirtschaft«

KLJB – Bundesverband der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e. V.

klima-allianz deutschland

NABU – Naturschutzbund Deutschland e. V.

PAN Germany – Pestizid Aktions-Netzwerk e. V.

PowerShift e. V.

Save our Seeds

WEED

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

© Dieter Schütz / pixelio.de

Steinkohle aus Kolumbien?

DAFÜR ODER DAGEGEN?

SPD-Länder stimmen gegen SPD-Bundestagsfraktion und verhelfen Freihandelsabkommen zur Mehrheit im Bundesrat

Die WTO ist seit zehn Jahren festgefahren, die Idee der immer weiter forcierten Globalisierung und Liberalisierung aber ist deswegen nicht tot. Dabei geht es nicht nur um den Welthandel, sondern um die Deregulierung nationaler Wirtschaftspolitik, verankert und abgesichert durch internationale Verträge. Kein Wunder, dass die WTO-Agenda vor 15 Jahren massive Proteste auslöste und die globalisierungskritische Bewegung inspirierte. Mit der WTO-Paralyse verfielen die EU und die anderen großen Wirtschaftsmächte auf den Plan B, bilaterale Verträge mit anderen Staaten oder Staatengruppen abzuschließen. Der Effekt solcher Verträge ist vergleichbar – und jeder Versuch, im globalen Süden oder Norden politisch andere Prioritäten zu setzen, beispielsweise Umwelt- oder Sozialstandards zu erhöhen, wird ungleich schwerer.

DOCH SEIT SICH die WTO verheddert hat, hat die öffentliche Aufmerksamkeit stark nachgelassen. Im Zuge der Finanzkrise ist die Deregulierungspolitik zwar in eine Legitimationskrise geraten, diese hatte aber bisher noch wenig konkrete Auswirkungen. Es scheint, dass dies sich zu ändern beginnt – zumindest werden die Freihandelsabkommen der EU mittlerweile in Deutschland nicht mehr von den jahrelang üblichen breiten Mehrheiten abgesegnet und ratifiziert, sondern kontrovers diskutiert. Die EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien/Peru sowie mit Zentralamerika passierten im Mai und Juni den Bundesrat nur noch mit hauchdünnen Mehrheiten.

Das Abkommen zu Kolumbien und Peru

Wie bei solchen Abkommen üblich war der Verhandlungsverlauf extrem intransparent. Da es sich um sogenannte »gemischte Abkommen« handelt, in denen Kompetenzen sowohl der EU als auch der Mitgliedsstaaten geregelt werden, müssen nicht nur das Europaparlament, sondern auch die Parlamente aller Mitgliedsstaaten zustimmen. Die parlamentarischen Gremien können aber eigentlich keinen Einfluss nehmen, schon das Verhandlungsmandat wird von Kommission und Rat ohne parlamentarische Beteiligung beschlossen. Das Verhandlungsergebnis für Kolumbien/Peru sickerte informell im März 2010 durch. Damit war klar, in welche Richtung es gehen würde. Die Kommission vertrat zu diesem Zeitpunkt noch

den Standpunkt, Kompetenzen der Mitgliedsstaaten seien nicht berührt – damit konnte der Eindruck erweckt werden, die Parlamente der Mitgliedsstaaten brauchten sich damit gar nicht zu befassen. Schon damals wurde klar, dass das Abkommen schwere Schieflagen aufweisen würde: Für europäische Konzerne wird es verbindlich geregelten verbesserten Marktzugang und Investitionsschutz in Peru und Kolumbien mit klaren Durchsetzungsmechanismen geben, während für die sozialen und ökologischen Risiken und Nebenwirkungen nur unverbindliche Empfehlungen vorgesehen sind. Ecuador und Bolivien waren deshalb schon während der Verhandlungen aus dem ursprünglich auch für diese beiden Länder geplanten Abkommen ausgestiegen.

Im Mai 2010 bildete sich deshalb beim EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid ein breites Bündnis europäischer NGOs und Gewerkschaften, das in den nächsten drei Jahren versuchte, ein Abkommen nach dem Strickmuster des durchgesickerten Vertragstextes zu verhindern. Schwerpunkte der Kampagne waren die katastrophale Menschenrechtslage in Kolumbien, die Unverbindlichkeit der Nachhaltigkeits- und Sozialkapitel und die verbesserten Möglichkeiten für »Investitionen in Land« beziehungsweise land-grabbing.

In der Zwischenzeit ging die Unterstützung für das Abkommen immer weiter zurück. Im Europaparlament wurde es am 11. Dezember 2012 ratifiziert – aber mit weniger Stimmen als je ein Freihandelsabkommen zuvor erhielt (486 gegen 188 Stimmen).

In der Bundestagsdebatte am 21. März übten die Redner von SPD, Grünen und Linken scharfe Kritik an dem Abkommen. Die SPD-Fraktion brachte einen Entschließungsantrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich innerhalb der EU für Nachverhandlungen einzusetzen mit dem Ziel, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft das Freihandelsabkommen um ein Nachhaltigkeitskapitel zu ergänzen. In diesem sollten menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards sowie entsprechende Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen in dem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus verbindlich verankert werden.

Die deutsche NGO-Kampagne setzte nun auf den Bundesrat, der allen völkerrechtlichen Verträgen ebenfalls zustimmen muss. Dort sind bekanntlich die Mehrheitsverhältnisse anders als im Bundestag. Am 5. April schickten 46 Organisationen einen Offenen Brief an alle Bundesratsmitglieder mit der Kernaussage: »Das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Peru und Kolumbien wird die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme verschärfen und droht, die politischen Handlungsspielräume der Parlamente auf nationaler und auf Länderebene zu beschneiden.« Auch der DGB sprach sich unmissverständlich gegen das Abkommen aus – in Kolumbien werden mehr Gewerkschafter ermordet als irgendwo sonst auf der Welt.

Wer nun aber geglaubt hatte, dass SPD, Grüne und Linke im Bundesrat genauso abstimmen wie im Bundestag, hatte sich getäuscht. Schon bei der ersten Lesung im Bundesrat am 1. Februar hatten alle Länder, alle Parteien das Abkommen einfach ohne Debatte durchgewunken. Das war allerdings eher ein Versehen.

Es bedurfte enormer Lobbyanstrengungen der NGOs und der Eine-Welt-Landesnetzwerke, um wenigstens sicherzustellen, dass die sieben Länder mit rot-grünen und rot-roten Koalitionen dem Abkommen nicht zustimmen. Damit das Abkommen nicht angenommen wird, war aber noch ein weiteres Land nötig. Landesregierungen enthalten sich im Bundesrat, wenn die Koalitionspartner unterschiedlicher Meinung sind. Trotz aller Lobby-Anstrengungen sowohl der NGOs als auch der Gewerkschaften gelang dies nicht – die SPD war in keinem einzigen Land, in dem sie alleine (Hamburg) oder mit der CDU regiert (fünf Länder mit Großen Koalitionen) dazu zu bewegen, zu verlangen, dass sich ein solches Land enthält. Man stimmte bei der Bundesratsabstimmung am 3. Mai lieber mit der Bundesregierung als mit der eigenen Bundestagsfraktion. Als Bonbon wurde mit der Mehrheit der rot-grünen Länder ein Entschließungsantrag (Drs.259/13) verabschiedet, der unter anderem beklagt, dass das Abkommen Marktöffnung und Liberalisierung verbindlich durchsetzt, keine flankierenden arbeits-, sozial- und umweltpolitischen Regelungen verbindlich vorsieht; dass es besser gewesen wäre, diese Fragen verbindlich zu regeln; dass das Abkommen ferner die Geldwäsche erleichtere und so weiter. Der Bundesrat übernahm also in weiten Teilen die NGO-Kritik und forderte die Bundesregierung zudem auf, sicherzustellen dass in künftigen EU-Handelsabkommen diese Defizite nicht mehr auftreten. Warum der Bundesrat ein Abkommen ratifiziert, das er auf fünf Seiten für defizitär erklärt, statt die Kommission zu beauftragen, nachzuverhandeln und ein besseres Abkommen vorzulegen – die Antwort auf diese Frage bleibt das Geheimnis der SPD. Im Bundestag hatte die SPD schließlich genau dies beantragt.

Das Abkommen mit Zentralamerika

Dasselbe Spiel wiederholte sich beim sogenannten Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika. Auch hier hatte der Bundesrat am 1. Februar ohne Debatte das Abkommen in erster Lesung schon mal durch gewunken. Bei der Bundestagsdebatte am 25. April gab es wieder scharfe Kritik der Opposition. Die SPD begründete ihre Ablehnung des Assoziierungsabkommens mit der einseitigen Gewichtung von wirtschaftlichen Interessen einerseits und sozialen und ökologischen Standards andererseits. Während es im Assoziierungsabkommen zu Handels- und Investitionsvereinbarungen bindende Entscheidungen und robuste Sanktionsmechanismen gibt, sind zu Arbeitsrechts- und Umweltverstößen nur nicht-bindende Empfehlungen einer Expertengruppe vorgesehen. Zu Menschenrechtsverletzungen außerhalb des Arbeitsrechts hat diese Sachverständigengruppe keinerlei Mandat, das heißt gibt es überhaupt keinen Überprüfungsmechanismus im Vertragswerk. Auch diesmal schrieben 26 NGOs einen Offenen Brief an die Bundesratsmitglieder. Allerdings hatte die Kolumbien-Diskussion in manchen Landesregierungen schon die verbreitete Mentalität, solchen Abkommen könne man doch ohnehin nur zustimmen, etwas aufgeweicht. Die Zustimmung Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns war eine Woche vor der Abstimmung nicht mehr sicher, die nötige absolute Mehrheit im Bundesrat für das Abkommen war in akuter Gefahr. Der Bundesrat stand kurz davor, erstmals ein EU-Freihandelsabkommen zurückzuweisen.

Auch in Brüssel blieb die wacklige Lage nicht unbemerkt – Außenkommissarin Ashton forderte wenige Tage vor der Bundesratsabstimmung in einem Brief die Ministerpräsidenten der Bun-

desländer auf, das Abkommen zu ratifizieren. Noch am Vorabend der Bundesratssitzung vom 7. Juni stand es spitz auf Knopf. Zunächst lenkte Mecklenburg ein, dann knickte auch Thüringen ein und verhalf der Bundesregierung in letzter Minute zu einer Mehrheit. Der Druck auf die Landes-SPD wurde dabei weniger von der CDU ausgeübt, sondern kam vorwiegend aus der SPD selbst.

Erneut wurde ein nicht bindender Entschließungsantrag (Drs. 367/13) beschlossen – auf drei Seiten werden wieder die Defizite des Abkommens aufgelistet. Zitat: »Der Bundesrat weist daher erneut darauf hin, dass es bei Freihandels- und Assoziierungsabkommen der EU mit Drittstaaten dringend notwendig ist, nicht nur die detaillierten Vereinbarungen zu Handel, Dienstleistungen und Investitionen, sondern gerade auch die Bestimmungen in Bezug auf Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltfragen mit einem effektiven und klar definierten Streitbeilegungs- und Klärungsverfahren zu bewehren.«

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Schutzlücke im Assoziierungsabkommen ausdrücklich als wesentlichen Grund ihrer Ablehnung des Abkommens benannt. Warum war der SPD diese Lücke im Bundesrat nicht mehr so wichtig? Offensichtlich wollten viele in der SPD das Abkommen nicht wirklich verhindern, sondern es nur kritisieren. Sie stimmte nur dort dagegen, wo es nicht auf ihre Stimmen ankam – wo es auf ihre Stimmen ankam, stimmte sie zu. Offensichtlich weht der Geist des Ex-Wirtschaftsministers Clement, heute im Wahlkampf für die FDP unterwegs, noch immer durch etliche SPD-geführte Staatskanzleien.

Wenn das Abkommen so schlecht ist, dass man ausführlich auflistet, welche Defizite es hat, dann muss man es ablehnen und der Kommission einen Nachverhandlungsauftrag geben. Ein nachverhandeltes Abkommen, bei dem die Liste der Fehler und Defizite zumindest deutlich geringer ist, kann man dann annehmen. Die Kommission hat immer wieder gezeigt, dass sie selbst Entschließungsanträge des Europaparlaments routinemäßig ignoriert – Parlamente, die immer zustimmen, nimmt keine Exekutive ernst. Das scheint dem Bundesrat langsam selbst zu dämmern – in einer Entschließung (Drs 464/13) zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA stellte er mit den Stimmen der rot-grünen Länder in derselben Sitzung fest: »Der Bundesrat betont zugleich, dass Abkommen, die nicht nur Zuständigkeiten der EU, sondern auch solche der Mitgliedsstaaten betreffen, auch die Zustimmung der Mitgliedsstaaten und je nach nationalem Verfassungsrecht auch die der jeweiligen nationalen Parlamentskammern erfordern. Angesichts der Ankündigungen von EU- und US-Entscheidungsträgern, das beabsichtigte Freihandelsabkommen inhaltlich sehr weit zu fassen, weist der Bundesrat vorsorglich auf seine verfassungsrechtlichen Kompetenzen hin.«

Deutschland ist der erste EU-Mitgliedsstaat, der das Zentralamerikaabkommen ratifiziert hat. Auch das Kolumbien-Peru-Abkommen ist erst von wenigen Ländern ratifiziert worden. Beide können auch in anderen Ländern noch durchfallen. Die Zeiten, in denen sich niemand für diese Abkommen interessiert und die Mehrheiten garantiert waren, sind jedenfalls vorbei.

Was wäre passiert, wenn diese Abkommen im Bundesrat durchgefallen wären?

Am 31. Mai 2012 hat der Europäische Rat beschlossen, das Abkommen mit Peru und Kolumbien bereits provisorisch anzuwenden. Unabhängig von der noch lange nicht abgeschlossenen Ratifizierung ist das Abkommen de facto also schon in Kraft. Die undemokratische Natur der europäischen Handelspolitik sieht man schon daran, dass es laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD) überhaupt keine Klauseln in den europäischen Verträgen für den Fall gibt, dass der Ratifizierungsprozess scheitert. Der WD vermutet, dass man dann die provisorische Anwendung wieder außer Kraft setzen müsste – aber wie das geht, ist nicht geregelt. Der WD vermutet deshalb, dies müsse auf demselben Weg gehen wie die Beschlussfassung darüber – aber was passiert, wenn die Bundesregierung sich weigert, die Aufhebung der provisorischen Anwendung im Europäischen Rat zu beantragen? Oder wenn sie es zwar beantragt, aber überstimmt wird? Dann stellt sich heraus, dass sowohl das Votum des Bundesrates (und im Prinzip auch das des Bundestages) völlig irrelevant war – de facto bleibt das Abkommen auf unbestimmte Zeit in Kraft. Der EU-Rat (also die Bundesregierung und die Regierungen der Mitgliedsstaaten) macht dann einfach was er will, Parlament hin oder her. So etwas kann in einer Demokratie nicht akzeptiert werden.

Es bleibt spannend – es ist abzusehen, dass in den nächsten Jahren entweder das Kolumbien-Peru-Abkommen, das Zentralamerikaabkommen oder eines der vielen noch im Verhandlungsstadium befindlichen Freihandelsabkommen in einem EU-Land nicht ratifiziert wird. Dann wird sich zeigen, wie viel Einfluss Parlamente auf die EU-Handelspolitik noch nehmen wollen – und können.

Jürgen Maier, Thorsten Schulz & Martin Wolpold-Bosien

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Thorsten Schulz ist Projektkoordinator beim Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika.

Martin Wolpold-Bosien ist Right to Food Accountability Programme Coordinator bei FIAN International.

© PAN Germany

Die lokale Bevölkerung sollte der zentrale Stakeholder von Malariaprogrammen sein.

METHODEN DER MALARIAKONTROLLE DIVERSIFIZIEREN!

Ob nicht-chemische Ansätze der Malariakontrolle zukünftig mehr genutzt werden, ist besonders vom Verhalten der Geldgeber abhängig

Die Bekämpfung der Tropenkrankheit Malaria geschieht heute fast ausschließlich durch den Einsatz von Chemikalien. Integrierte Ansätze sind möglich und haben sich lokal als praxistauglich erwiesen, werden bisher jedoch wenig genutzt. Geldgeber von Malariaprogrammen sind zentrale Akteure, wenn es um die Ausrichtung von Malariaprogrammen geht. Sie setzen bisher jedoch fast ausschließlich auf Chemikalien. PAN gibt Unterstützung für Weichenstellungen.

MALARIA WIRD OFT als »Geißel der Menschheit« bezeichnet. Mehr als 200 Millionen Menschen erkranken jährlich an Malaria – rund 650.000 Menschen sterben infolge der Infektion, besonders in Afrika (etwa 81 Prozent). Die Opfer sind vor allem Kinder.[1]

Eines der Millenniums-Entwicklungsziele ist die globale Reduktion der Malaria-Fälle. Ein gewisser Rückgang konnte in den letzten Jahren erzielt werden. Der World Malaria Report 2012 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) äußert jedoch erhebliche Zweifel darüber, ob das Erreichte gehalten werden kann.

Eine Grund zur Besorgnis ist, dass die Malariakontrolle aktuell auf drei Säulen ruht, die allesamt vom Chemikalieneinsatz abhängig sind: a) dem Einsatz von Medikamenten, b) der Nutzung von insektizidbehandelten Bettnetzen und c) dem Versprühen von Insektiziden in Innenräumen. Alle drei Ansätze werden durch Resistenzen bedroht: Resistenzen der Erreger gegen die Medikamente und Resistenzen der Vektoren, also der Mücken, die Malariaerreger übertragen, gegen die verwendeten Insektizide. Um das Resistenzproblem in der Vektorkontrolle in Grenzen zu halten, wird noch immer das Insektizid DDT verwendet. Dieser Einsatz steht jedoch im Konflikt mit den Zielen der Stockholmer Konvention.

Die Stockholmer Konvention fordert die Eliminierung von DDT in der Malariabekämpfung

Ziel der 2004 in Kraft getretenen Stockholmer Konvention ist die weltweite Eliminierung persistenter organischer Schadstoffe. Für DDT wurden Sonderregelungen vereinbart, so dass auch heute noch, und mit ausdrücklicher Zustimmung der WHO, 18 Vertragsstaaten der Konvention sind noch immer im Register für Ausnahmegenehmigungen gelistet. Allerdings steigt allmählich der Druck auf die global für Malariakontrolle Verantwortlichen, endlich effektive Maßnahmen zur Beendigung der Nutzung von DDT zu ergreifen.

Die WHO hat 2012 in einem Handbuch und einer Leitlinie detailliert beschrieben, wie das Management von Vektoren ganzheitlicher und nachhaltiger gestaltet werden könnte, um den DDT-Einsatz beenden, dem Resistenzproblem zu begegnen und die Malariafälle zu reduzieren.[2] Wichtige Aspekte des integrierten Ansatzes der WHO sind:

- dass Entscheidungen über Maßnahmen auf der Grundlage von Fakten getroffen werden (zum Beispiel von Wissen darüber, wer wo durch welche Spezies der Anopheles-Mücken erkrankt),
- dass Akteure sektorübergreifend kooperieren,
- dass mehr als bisher nicht-chemische Ansätze benutzt werden und
- dass die lokale Bevölkerung zum zentralen Akteur wird.

Die praktische Programmarbeit ist von diesem Anspruch oft sehr weit entfernt. Nur sehr selten werden Menschen vor Ort über die Ökologie von Moskitos unterrichtet und in die Lage versetzt, mit mehr als der Benutzung von Bettnetzen selbst zur Reduktion der Malariafälle beizutragen. An Sektor-übergreifenden

Kooperationen mangelt es vielfach und nicht-chemische Ansätze spielen eine verschwindend geringe Rolle – obwohl bekannt ist, dass die lokale Bevölkerung die Lebensbedingungen der Vektoren gezielt beeinflussen kann. Ein Beispiel ist die Beseitigung potentieller Brutstätten der Moskitos.

Erfolgreiches PAN-Projekt im Senegal bindet die lokale Bevölkerung ein

Über mehrere Jahre recherchierte PAN Germany Informationen über nicht-chemische Ansätze der Malariakontrolle und dokumentierte ganzheitlichere Ansätze in Asien, Lateinamerika und Afrika.[3] PAN machte deutlich, dass ganzheitliche Ansätze unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung die DDT-Nutzung vermeiden und die Malariafälle reduzieren können. Ein Beispiel sind die Pionierarbeiten in Mexiko, wo systematisch integrierte Malariakontrolle entwickelt und praktiziert wurde.

Um die Arbeit der Pioniere zu stärken, beschlossen PAN Afrika und PAN Germany, gemeinsam ein knapp zweijähriges Pilotprojekt in der senegalesischen Region Niayes durchzuführen.[4] Zentrale Elemente des Pilotprojektes waren die möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung, die Kooperation sowohl mit staatlichen wie auch mit nicht-staatlichen Organisationen sowie Trainings und Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über das Verhalten und die Ökologie von Malaria übertragenden Moskitos. Damit wurde erstmalig im französischsprachigen West-Afrika ein Pilotprojekt durchgeführt, das die positiven Erfahrungen mit ganzheitlichen Ansätzen der Malariakontrolle in Lateinamerika und Ost-Afrika aufgriff.

Das Projekt wurde durch zwei Events gestartet. Zum einen durch einen Expertenworkshop, in dem eine für das Projekt entwickelte Evaluierungsmatrix vorgestellt und diskutiert wurde. Diese Matrix diente nicht nur der Planung und dem Monitoring des Projektes, sondern auch der Auswertung. Zum anderen wurde das Projekt vor Ort durch ein Event im Dorf Beer gestartet, an dem mehr als 300 Personen teilnahmen, darunter alle wichtigen Führungspersönlichkeiten und auch Bewohner aus Dörfern der Umgebung.

Die Implementierung von Maßnahmen geschah in enger Kooperation mit NGO-VertreterInnen aus dem Bereich Gesundheit und Landwirtschaft, wobei die Vertreter aus dem Bereich Landwirtschaft eine herausragende Rolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung einnahmen, während Vertreter des Bereiches Gesundheit insbesondere dafür sorgten, dass die Patienten des lokalen Gesundheitszentrums motiviert wurden, mehr Vorsorge zu betreiben.

Die Resultate des Pilotprojektes waren sehr positiv. Die MitarbeiterInnen des Gesundheitszentrums sagten, dass sie die Patienten jetzt während der Sprechstunden dazu anregen und anhalten, Vorsorgemaßnahmen zu implementieren – ihre Hausbesuche würden zeigen, dass viele Dorfbewohner nun darauf achten, dass Wohn- und Schlafräume mit Barrieren gegen Moskitos versehen sind, Wasserbehälter abgedeckt und Brutstätten beseitigt werden. Einige Bauern haben Fische in ihre Bewässerungsbassins gesetzt, die nun als Gegenspieler gegen Mückenlarven wirken und gleichzeitig als Proteinquelle der Ernährung dienen. Das Gesundheitszentrum wurde mit Mitteln zur schnellen Diagnose und Behandlung ausgestattet. Nach Aussage von Lehrern hat die durch Malaria bedingte Abwesenheit der Schüler vom Unterricht schnell erheblich abgenommen. Der Direktor der Grundschule in Beer sagte, dass normalerweise in der Malaria-Saison 20 bis 30 Prozent der Schüler vor allem infolge von Malariaerkrankungen dem Unterricht fern bleiben. 2012 sei der Anteil auf 4,6 Prozent gesunken.

© PAN Afrika

Offene Wasserbehälter können Mücken als Brutstätte dienen

Eine PAN-Matrix für Geldgeber unterstützt die Diversifizierung der Methoden in Programmen zur Malariakontrolle

Ein Blick von PAN Germany auf Formulare von Geldgebern, die der Beantragung von Fördermitteln für Malariaprogramme dienen, zeigte, dass die großen Geldgeber kein besonderes Augenmerk auf alternative Maßnahmen legen. Die Fragen in den Antragsformularen erwähnen bisher weder das integrierte Vektormanagement, noch nicht-chemische Alternativen. PAN Germany hat daher in Zusammenarbeit mit Partnern ein Raster für Geldgeber[5] entwickelt, das helfen soll, bestimmte Aspekte der Integrierten Vektorkontrolle zu fördern, indem Antragsformulare und Anträge daraufhin geprüft werden, ob sie möglichst risikoarme, effektive und partizipatorische Ansätze der Malariakontrolle fördern. PAN schlägt darin Geldgebern u.a. vor, eine Phase vor der eigentlichen Antragstellung zu fördern, in der zunächst die Grundlagen für ein gutes Programm gelegt werden: a) zur Beschaffung von Daten, b) zur Klärung von Beteiligungen und c) zur Planung nicht-chemischer Ansätze der Malaria-Kontrolle. Der Framework kann auch jene unterstützen, die ein Malariaprojekt planen oder durchführen beziehungsweise an einer Diversifizierung der Methoden in der Malariakontrolle interessiert sind.

Carina Weber

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) und vertritt PAN Europe im Vorstand von PAN International.

1 Die aktuell jüngsten Zahlen der Weltgesundheitsorganisation wurden im World Malaria Report 2011 berichtet.

2 Vgl. WHO (2012): Handbook for Integrated Vector Management und WHO (2012): Guidance on policy-making for integrated vector management.

3 Vgl. PAN Germany (2010): Environmental strategies to replace DDT and control malaria.

4 Ein Kurzbericht (4 S.) ist verfügbar unter http://tinyurl.com/axpxarj, ein längerer Bericht (20 S.) ist verfügbar unter http://tinyurl.com/ayjqkc3.

5 »Framework for strengthening aspects of Integrated Vector Management in malaria control programs« – auf Nachfrage erhältlich bei PAN Germany

© SODI

GEGEN EINE WEITERE PRIVATISIERUNG VON SAATGUT IM SÜDLICHEN AFRIKA

Kleinbauern und Zivilgesellschaft kritisieren Entwurf der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft zu neuem Sortenschutzrecht in der Region

Im November 2012 hat die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community Region – SADC) ihr Draft Protocol zum Sortenschutzrecht vorgestellt. In einer Reaktion wehrt sich die Zivilgesellschaft im südlichen Afrika gegen eine Verschärfung des Sortenschutzrechtes und befürchtet negative Auswirkungen für regionale Kleinbauern und Ernährungssicherheit.

DAS INTERNATIONALE Sortenschutzrecht bestimmt den Erwerb, die Verwendung und Regelung der Patent- und Lizenzgebühren von Pflanzensorten und Saatgut. 1961 wurde in Paris das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) beschlossen. Als Form des geistigen Eigentums sollte es die Züchtung neuer, ertragreicher und angepasster Pflanzensorten unterstützen. Zuletzt wurde das Übereinkommen 1991 überarbeitet.

Züchter gehen vor Landwirte

In den letzten Jahren wurde der Schutz der Züchter (Plant Breeders' Right – PBR) zunehmend ausgebaut und das geistige Eigentum auf Pflanzensorten verschärft. Die zunehmende Ökonomisierung und Monopolisierung im Saatgutmarkt wurde damit forciert, so dass Unternehmen wie Monsanto oder Bayer als Gewinner dastehen. Im Gegenzug wurde das Landwirteprivileg (Farmers Right) eingeschränkt, welches die Nutzung eines Teils der Ernte für neues Saatgut oder den Austausch von Saatgut umfasst. Landwirte sehen sich mit Nachbaugebühren konfrontiert.

Ende 2012 legte die SADC einen Protokollentwurf für den Schutz neuer Pflanzenvarietäten vor (Draft Protocol for the Protection of new varieties of plants (Plants Breeders' Rights) in the Southern African Development Community Region). Dieser rechtliche Entwurf nimmt dabei starken Bezug auf UPOV 1991.

Von Seiten der afrikanischen und internationalen Zivilgesellschaft, die (klein)bäuerliche und agrarökologische Interessen vertreten, und von Kleinbauernorganisationen wurde der Vorschlag kürzlich sehr heftig kritisiert, als unpraktikabel zurückgewiesen und eine Umsetzung auf Basis von UPOV 1991 grundsätzlich in Frage gestellt.

Unflexibler »One-Size-Fits-All«-Ansatz

In ihrer Reaktion kritisieren die KleinbauernvertreterInnen und die zivilgesellschaftlichen Gruppen, dass das Protokoll nicht geeignet ist, weder auf die Bedürfnisse der einzelnen SADC-Staaten noch deren FarmerInnen zu reagieren. Insbesondere der als unflexibel und restriktiv angesehene »One-Size-Fits-All«-Ansatz, der hier zugrundeliegt, verhindert national angepasste Regelungen. Die landwirtschaftlichen Systeme der 15 SADC-Mitglieder besitzen unterschiedliche Ausprägungen, denen im Entwurf keine Rechnung getragen wird. Während Länder wie Südafrika und Namibia von einer dualen kommunalen und kommerziellen Landwirtschaft gekennzeichnet sind, sind in anderen Ländern unterschiedliche kleinbäuerliche Systeme vorherrschend. Auch das Ausmaß von Unterernährung und die Instrumente der Hungerbekämpfung sind zum Teil sehr unterschiedlich. Daher ist es aus Sicht der Kritiker unverständlich, dass die SADC nicht die Möglichkeit berücksichtigt, national angepasste Plant Variety Protection (PVP)-Systeme zu

etablieren. Als besonders fahrlässig wird angesehen, dass dem regionalen PBR-Büro die volle Autorität über die Vergabe von Rechten gegeben werden soll.

Kritisiert wird, dass nach dem Draft Protocol das Landwirteprinzip deutlich eingeschränkt würde. Dabei werden zwischen 80 Prozent bis zu 100 Prozent des genutzten und gezüchteten Saatgutes durch informelle und bäuerliche Systeme und Netzwerke – eben das Landwirteprinzip – gehandelt und getauscht. Eine Umsetzung des Protokolls würde gelebte Praktiken verbieten. Formulierte Ängste umfassen den Missbrauch genetischer Ressourcen und traditionellem Wissen.

Ein weiterer vorgebrachter Kritikpunkt ist die mangelhafte zivilgesellschaftliche Einbeziehung in den Erarbeitungs- und Entscheidungsprozess des Draft Protocols. Es herrscht Unwissen, wie das Protokoll entstanden ist, unter welchen Bedingungen, welche Daten und Wirkungseinschätzungen vorgenommen wurden

Nach Meinung der Zivilgesellschaft wird das vorliegende Draft Protocol kleinbäuerliche FarmerInnen und Haushalte, die die Mehrheit in der SADC-Region darstellen, negativ beeinflussen, Ernährungssicherheit bedrohen und Agrarbiodiversität reduzieren. Da das Draft Protocol nach dem UPOV 1991 ausgerichtet ist, welches von den Industrienationen diktiert und beeinflusst ist, werden Bedürfnisse und Bedingungen der afrikanischen Staaten nicht berücksichtigt.

© SODI

Forderungen

Aufgrund der Kritikpunkte fordern die zivilgesellschaftlichen Gruppen, dass das Protokoll fallengelassen wird. Dagegen soll regional reguliert werden, eben nach den Besonderheiten jedes Landes, unter der Berücksichtigung der Farmers' Rights. Wirkungsstudien sollen die Auswirkungen von Gesetzen auf KleinbäuerInnen untersuchen. Es müssen Konsultationen mit den betroffenen FarmerInnen, Farmbewegungen und der Zivilgesellschaft stattfinden.

In einer ersten Reaktion der SADC wird Verhandlungsbereitschaft signalisiert und es wird deutlich, dass der Prozess noch offen ist.. Obwohl die öffentlich geäußerte Kritik nicht auf Wohlwollen gestoßen ist, will man sich dem Dialog mit der Zivilgesellschaft öffnen. In der Hoffnung, dass ein besseres Ergebnis für alle Beteiligten entsteht.

Andreas Bohne

Der Autor ist Projektmanager Afrika bei Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI).

VERBÄNDEPLATTFORM WALD

Fachdialog soll Nutzungsdruck auf Wälder mindern

Im Mai hat das Forum Umwelt und Entwicklung ein neues Verbändeprojekt zur Waldpolitik gestartet, mit dem vor allem der Nutzungsdruck auf unsere Wälder verringert werden soll. Die Verbände- und Dialogplattform »Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen« wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert und will in den kommenden zwei Jahren dazu beitragen, negative Auswirkungen des Nutzungsdruckes auf die biologische Vielfalt und Leistungsfähigkeit der Wälder zu mindern und ihre Funktion als CO2-Senke und ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu stärken.

DAS PROJEKT WILL mit der Erstellung von Kurzstudien und der Diskussion der aktuellen Erkenntnisse im Rahmen von Fachgesprächen und Workshops zur Klärung wichtiger und umstrittener Fragestellungen beitragen. Beteiligt werden Akteure der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen (Umweltverbände, Verbände aus Forst- und Holzwirtschaft, Bürger, Wissenschaft, Politik), um kontraproduktive Elemente innerhalb verschiedener Strategien (zum Beispiel Biomasseaktionsplan) zu identifizieren und sich über Setzung von Prioritäten besser verständigen zu können. In konstruktivem Dialog sollen sich

die Beteiligten auf Fachtagungen und Exkursionen austauschen um Lösungsstrategien und -schritte auf dem Weg zu mehr Naturnähe und Naturschutz im Wald zu entwickeln. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Analyse von Zielkonflikten zwischen energiepolitischen Zielen und Biodiversitätszielen, sowie die Förderung der Kongruenz verschiedener (teils sektoraler) Strategien der EU, des Bundes und der Länder.

Auf Deutsch: Die Nachfrage nach dem nachwachsenden Rohstoff Holz nimmt seit einigen Jahren deutlich zu. Wichtige Treiber dieser Entwicklung sind unter anderen die Aktionspläne zur Förderung Erneuerbarer Energien (Biomasseaktionsplan für Deutschland, Erneuerbare Energien Gesetz, Marktanreizprogramm). Für Holz wird ein hohes Nutzungspotenzial insbesondere für die energetische Verwertung gesehen. Zunehmende Nachfrage gibt es auch bei der stofflichen Nutzung, bei der – ausgehend vom ohnehin hohen Verbrauch (beispielsweise für Papier) – nicht nur der Einsatz von Holz als Baustoff gefördert werden soll (unter anderen Charta für Holz, Aktionsplan Stoffliche Nutzung), sondern auch andere Holzbestandteile stärkere Verwendung finden dürften (Zellstoff, Lignin).

Ein zu hoher Holzverbrauch kann durch eine nachhaltige Waldnutzung in Deutschland nicht mehr gedeckt werden. Schon heute wirkt sich beispielsweise der Energieholzboom an vielen Stellen negativ auf die Struktur, Gesundheit und Fruchtbarkeit der Waldböden aus. Der Wald braucht aber das Reisig, Äste und ein Mindestmaß an kleinen und großen abgestorbenen Bäumen, damit ausreichend Nährstoffe für das Wachstum der Pflanzen verfügbar bleiben. Die waldtypische biologische Vielfalt wiederum besteht zu großen Anteilen aus Lebewesen, die sich von lebenden und abgestorbenen Pflanzenteilen ernähren. So sind Pilz- und Käferarten, deren Larven sich im Holz ernähren, inzwischen so selten geworden, dass sie nur noch an wenigen Stellen im Wald vorkommen. Manche Arten sind inzwischen häufiger in Parkanlagen zu finden, weil im Wirtschaftswald die allermeisten Bäume frühzeitig gefällt werden und daher nicht alt werden und verrotten dürfen, sodass der Lebensraum für viele Arten schlichtweg fehlt.

Konstruktive Diskussion – eine Herausforderung

Von der Angebotsseite her ist beispielsweise zu diskutieren, wie die Waldbewirtschaftung dazu beitragen kann, die Ziele beim Klimaschutz und beim Schutz der Biologischen Vielfalt möglichst gut zu erfüllen und gleichzeitig möglichst gutes Holz zu erzeugen. Bezüglich der Nachfrageseite sind hingegen Maßnahmen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs notwendig, um den Druck auf die Wälder zu senken. Dies betrifft vor allem den Verbrauch von kurzlebigen Holzprodukten (zum Beispiel Papier, Verpackungen). Es gilt, sorgsam mit dem knappen Rohstoff Holz umzugehen.

Das Projekt steht nun vor der Aufgabe, Interessengruppen einzubinden, die teilweise gegenteilige Ansichten vertreten und deren Interesse an einer Verbrauchssenkung eher gering ist. Im Gegenteil: Im Zuge der Diskussionen um die Ausweisung neuer Waldnationalparks etwa im Schwarzwald haben einige Akteure den Pfad der sachlichen Auseinandersetzung verlassen und Naturschutzverbände wurden mit teilweise beleidigenden Vorwürfen angegriffen. Da wird das Schreckgespenst von angeblichen 40.000 Arbeitsplätzen heraufbeschworen, die durch den Verlust an Ernteholz zerstört würden. Verbänden und Institutionen die Schutzgebiete einrichten wollen, wird vorgeworfen sie wollten mit dem Waldbäumen »Disneyland« spielen. Das Projekt wird sich indes vorrangig um die Beteiligung derjenigen Akteure bemühen, die eine faire, konstruktive Debatte wünschen und die anderen dazu anregen, sich am offenen Diskurs zu beteiligen.

Um den Schutz der biologischen Vielfalt von und in Wäldern zu fördern, wird auch die Positionierung von Umweltverbänden zu ökologischen Leitplanken von Nutzungsstrategien für Wälder und Holzprodukte gefördert. Auch die Öffentlichkeit soll für die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt im Waldbereich gewonnen werden.

Letztlich geht es bei unserem Umgang mit Wäldern und ihren Rohstoffen um die zentrale Frage, ob wir unsere Ansprüche an das anpassen, was uns die Natur geben kann, ohne Schaden zu nehmen. Das Problem ist auch 3 Jahrhunderte nachdem die Forstwirtschaft die Nachhaltigkeit für sich entdeckte nicht neu: Der griechische Philosoph Epikur prägte bereits 3 Jahrhunderte vor Christus den Grundsatz: Wem genug zu wenig ist, dem ist nichts genug.

© Rolf Handke /pixelio.de

Gefällter Baum im Wald

László Maráz

Der Autor koordiniert die Verbände- und Dialogplattform »Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen« beim Forum Umwelt und Entwicklung.

© Rainer Sturm / pixelio.de

Ährengold

EFARD – EUROPEAN FORUM ON AGRICULTURAL RESEARCH FOR DEVELOPMENT

Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich in einer europäischen Plattform, um Einfluss auf die Agrarforschung zu nehmen

Nur wenige NRO in Europa scheinen sich damit zu befassen, welche Richtung die Agrarforschung für den Süden und im Süden einschlägt. Das EFARD (European Forum on Agricultural Research for Development) bietet ein Forum, bei dem zivilgesellschaftliche Organisationen (civil society organisations – CSO) gemeinsame Initiativen ergreifen können, die Forschung für Kleinbauern nützlicher zu gestalten.

DAS EFARD WURDE 1997 als Multistakeholder-Plattform gegründet, mit der Intention, den Dialog in Europa voranzutreiben, um Partnerschaften im Bereich entwicklungsorientierte Agrarforschung für Entwicklung (agricultural research and development – ARD) im Süden zu fördern. Ziele sind Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Das EFARD ist eines von sechs regionalen Foren im Rahmen des Global Forum on Agricultural Research (GFAR). Gleichzeitig ist es das Forum mit der größten Vielfalt engagierter Stakeholder, mit Mitgliedern aus Forschungsinstituten, Universitäten, Geberländern, CSOs und dem Privatsektor. Es repräsentiert die europäische ARD-»Gemeinde« im Leitungskreis (Steering Committee – SC) des GFAR.

Im Jahr 1999 organisierte das EFARD in den Niederlanden eine Konferenz über ARD im Süden, die zur Vorbereitung der ersten GFAR-Konferenz diente, die im Jahr 2000 in Dresden stattfand. Das EFARD führte weitere Konferenzen durch: 2002 in Rom und 2005 in Zürich. Vor diesen Konferenzen versuchten einige Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, andere CSOs in Europa zu mobilisieren, sich daran zu beteiligen und zu beratschlagen, wie CSOs gemeinsam Einfluss auf die ARD nehmen könnten.

Nach 2005 konnte das EFARD aufgrund fehlender finanzieller Mittel keine weiteren Konferenzen abhalten. Im Gegensatz zu den regionalen Foren im Süden gab es beim EFARD keine dauerhafte Finanzierung. Nur gelegentlich erhielt es Mittel von der Europäischen Kommission und Sachleistungen von Ländern, die Vertreter (zwangsläufig aus dem öffentlichen Sektor) zu den SC-Sitzungen schickten. Mehrere Länderforen, unter anderem auch das DFOR (Deutsches Forum für Agrarforschung), lösten sich auf, als es keine nationalen Fördermittel mehr gab.

Wiederbelebung des EFARD

Nach einer Evaluierung im Jahr 2007 überdachte das EFARD seine Rolle und beschloss, sich stärker auf den entwicklungspolitischen Kontext von Forschung zu konzentrieren. Es verwarf die Vorstellung, ein Spitzengremium für die nationalen Foren zu sein und legte den Schwerpunkt darauf, staatliche Stellen in Europa und NRO mit Partnern im Süden in Kontakt zu bringen. Die Mitgliedschaft im SC wurde erweitert und auf CSOs und den Privatsektor ausgedehnt. Das EFARD erlebte 2009 einen neuen Aufschwung als die Europäische Kommission Mittel für die PAEPARD (Platform for African-European Partnership in Agricultural Research for Development) bereitstellte, die vom FARA (Forum on Agricultural Research in Africa) und vom EFARD gemeinsam getragen wird. Diese Plattform zielt darauf ab, Partnerschaften zwischen ARD-Akteuren in Afrika und Europa zu vermitteln.

Das EFARD ist inzwischen ein informelles Netzwerk von Personen aus europäischen Ländern, die Geber und die Öffentlichkeit über vielversprechende Ansätze und institutionelle Neuerungen im ARD-Bereich in Bezug auf nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft informieren wollen. Die Mitglieder tragen ihre Kosten selbst. Der SC besteht aus 15 Mitgliedern aus verschiedenen Organisationen, die sich dafür engagieren, Mechanismen zu entwickeln, um eine Verbindung mit ihren Stakeholder-Gruppen herzustellen. Von 2011 bis 2013 hatte der Privatsektor (Gartenbaubereich) den Vorsitz. Seit Juni 2013 ist der Rektor des Wageningen University and Research Centre, Martin Kropff, neuer Vorsitzender. Jeder kann dem EFARD über das Offene Forum (www.efard.eu) beitreten, das eingerichtet wurde, um einen Dialog zwischen europäischen Stakeholdern im Bereich ARD zu ermöglichen.

CSOs im EFARD

Die zwei NRO-Mitglieder im SC kommen von der Organisation Action Contre La Faim aus Frankreich und von der Stichting ETC aus den Niederlanden. Es gibt kein direktes Mitglied aus einer Bauernorganisation (farmer organization, FO), allerdings nimmt

AgriCord als »Agro-Agentur« – ein NRO-Netzwerk mit strukturellen Verbindungen zu FOs – an den Treffen des SC teil. Die Kommunikation mit anderen CSOs über ARD erfolgt vor allem über CSO-GARD (CSO Group on Agricultural Research for Development), eine Mailingliste, die nach der ersten Globalen Konferenz über Agrarforschung für Entwicklung (Global Conference on Agricultural Research for Development, GCARD) in Montpellier 2010 eingerichtet wurde. Derzeit sind 88 Personen aus europäischen CSOs in der globalen CSO-GARD-Mailingliste vertreten, unter anderem auch sieben aus Deutschland. Ansonsten gibt es keine CSO-»Gemeinde« in Europa, die sich mit ARD beschäftigt. Es wäre ideal, wenn CONCORD als europäisches Netzwerk für Katastrophen- und Entwicklungshilfe eine Arbeitsgruppe zu ARD einsetzen würde. Dies hat jedoch für die meisten CONCORD-Mitglieder keine hohe Priorität.

Die meisten europäischen NRO, die sich mit Ernährungssicherheit befassen, widmen dem Bereich ARD zur Verbesserung der Ernährungssicherheit wenig Aufmerksamkeit. Die meisten praxisorientierten NRO, die sich in der Forschung engagieren, arbeiten tendenziell als Akteure im Bereich Technologie-Transfer und stellen den Status quo nicht infrage. Politikorientierte NRO, die sich mit der künftigen Entwicklung im Bereich Forschung für die Landwirtschaft befassen, kritisieren die Machtstrukturen, die die Armen benachteiligen. Viele Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger sehen diese NRO auf Konfrontationskurs. Diese NRO stehen mit breiteren sozialen Bewegungen in Verbindung, wie beispielsweise dem Civil Society Mechanism of the World Committee on Food Security (ein Mechanismus des Ausschusses für Welternährungssicherheit zur Beteiligung der Zivilgesellschaft), der inzwischen auch den Investitionen in ARD mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Einige wenige NRO engagieren sich sowohl im Hinblick auf die Praxis als auch die Politik im Bereich ARD. Diese NRO aus Europa und dem Globalen Süden riefen im Rahmen des GFAR ein Multistakeholder Global Partnership Programme ins Leben: PROLINNOVA (PROmoting Local INNOVAtion in ecologically oriented agriculture and natural resource management), das bei der Stichting ETC angesiedelt ist, versucht, bei den Forschern ein Bewusstsein über die Kreativität von Kleinbauern zu schaffen und eine partizipative ARD zu institutionalisieren. PROLINNOVA-Partner versuchen, Verbindungen zur Forschung herzustellen, um von den Bauern initiierte Innovationsprozesse zu unterstützen. Sie stellen den konventionellen linearen Ansatz zur ARD infrage (www.prolinnova.net).

Die Umstrukturierung der CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) hat zur Entwicklung von Forschungskonsortiums-Programmen (Consortium Research Programmes, CRPs) geführt, die Ergebnisse für die Entwicklung erarbeiten sollen, und angehalten sind, mit CSOs zusammenzuarbeiten. Insbesondere die systemorientierten CRPs wie beispielsweise Aquatic Agricultural Systems (aquatische landwirtschaftliche Systeme) untersuchen neue Ansätze für die landwirtschaftliche Forschung im Entwicklungsbereich (www.worldfishcenter.org/research-in-development). Dies eröffnet NRO im Süden und in Europa Chancen, sich im ARD-Bereich zu engagieren und eine endogene Entwicklung zu unterstützen. Dies soll bei den Treffen des CGIAR-Konsortiums mit Gebern und Stakeholdern Ende Juni 2013 in Montpellier weiterverfolgt werden.

Dr. Ann Waters-Bayer

Die Autorin ist Vorsitzende von Agrecol e.V. mit Sitz in Göttingen und arbeitet für die ETC Foundation mit Sitz in Leusden, Niederlande.

PFLANZENVERMEHRUNG UNTER KONTROLLE

EU-Saatgutrechtsvorschläge stärken Agrarkonzerne

Die Nutzpflanzenvielfalt ist nicht das einzige Problem des Kommissionsentwurfs und keineswegs vom Tisch, wie Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg die europäischen Bürger am 6. Mai glauben machen wollte. Der Verordnungsentwurf, der zusammen mit weiteren wichtigen Entwürfen vorgestellt wurde, könnte die EU-Landwirtschaft noch stärker in die Hände weniger Konzerne treiben.

UM HUNDERTTAUSENDE Bürger und Bürgerinnen in ganz Europa zu beruhigen, die seit Ende April Petitionen unterschreiben und die Medien gegen die neue Verordnung in Bewegung gebracht haben, wurde schnell noch eine Nischenregelung eingebaut. Kleine Unternehmen brauchen dann keine Sortenzulassungen mehr – die EU gibt endlich zu, dass es auch ohne geht.

Die Nischenregelung verschont nicht vor neuen Registrierungsvorschriften

Aber gleichzeitig werden neue bürokratische Auflagen gemacht. Alle, die Pflanzenvermehrungsmaterial erzeugen (auch für den Eigenbedarf), müssen sich in einem Betreiberregister eintragen, die produzierten und verkauften Mengen aufzeichnen, Rückverfolgbarkeit auch bei ihren Abnehmern sicherstellen und sogar Pflanzenpässe ausstellen. Die eingeräumte Ausnahme für Abgabe an Endnutzer gilt nicht für den weithin üblichen und notwendigen Internetverkauf. Bei Regelungen, die Vielfaltsgärtnereien erheblich belasten könnten (zum Beispiel Aufwand für Verpackung und Kennzeichnung) sind unvorhersehbar (s. Delegierte Akte in Artikel 2). So verhindert man die dringend notwendige Etablierung von Vielfaltsgärtnereien, auch wenn eine Nischenregelung dies zu fördern scheint.

Dabei könnte die Kulturpflanzenvielfalt durch eine einfache Ausnahme vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen werden. Eine solche Ausnahme besteht jedoch nur für Pflanzenmaterial, das in die Genbanken und Erhalternetzwerke hineingeht. Hinaus darf das Saatgut nur im privaten Tausch, oder eben mit großem Verwaltungsaufwand. Immer mehr Menschen wol-

© M. Großmann / pixeliode

len Saatgut seltener Sorten erwerben, aber nicht selbst produzieren. Wenn ohne Verwaltungsaufwand nur der Tausch erlaubt ist, bleiben die Besitzer seltener Sorten unter sich. Wer etwas Geld verdienen will, um den hohen Erhaltungsaufwand zu finanzieren, muss für die Kontrolleure zusätzlich arbeiten.

Schädliche Vielfaltssorten?

Die wichtigste Begründung ist die Gefahr von außen: Schädlinge und ansteckende Krankheiten, die in die EU importiert und verbreitet werden könnten. Es gibt aber bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass seltene Sorten die EU mit Schadorganismen attackiert haben. Für den Kontrollwahn muss es andere Gründe geben.

Das Prinzip »Schutz durch Nutzung« bleibt auf der Strecke, denn es passt der Agroindustrie nicht. Vielfalt gehört aus ihrer Sicht nicht in Gärten und auf Äcker, sondern in die Genbanken, als Ressource für künftige eigentumsrechtlich geschützte Züchtungen. So hatte der Europäische Saatgutindustrieverband ESA es dem Europäischen Gerichtshof im Vorfeld des »Kokopelli-Urteils« erläutert. Der hatte daraufhin das hauseigene Gutachten verworfen, was sonst praktisch nie vorkommt, und das absurde Zulassungsprinzip bei Saatgut für richtig befunden. Der französische Vielfalts-Saatguthändler Kokopelli hatte nicht zugelassene Sorten verkauft und war von einem Unternehmen wegen Wettbewerbsverstoß verklagt worden. Allerdings werden überall in Europa nicht zugelassene Sorten verkauft.

Hobbygärtner wollen diese Sorten aus vielen Gründen kaufen. Sie haben Eigenschaften, die Sorten für den kommerziellen Anbau nicht bieten. Sie fördern die Unabhängigkeit von der Saatgutindustrie. Vielfaltsgärtner verkaufen ihre Sorten ohne Zulassung, denn sonst gäbe es kaum noch Sortenvielfalt außerhalb der Genbanken. Ganze drei Dutzend Erhaltungssorten sind in Deutschland zugelassen; tausende andere werden ohne Zulassung verkauft. 2012 gab es in Lettland ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, das aus politischen Gründen eingestellt wurde. In Frankreich wurde im Mai 2013 ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen einen Pflanzguthändler eröffnet; das Netzwerk Bäuerliches Saatgut organisierte umgehend Demonstrationen gegen die Kontrollbehörde.

Anders als noch vor wenigen Jahren steht die Öffentlichkeit der Saatgutfrage nicht mehr gleichgültig gegenüber. Dass das meiste Saatgut in der EU nicht mehr selbst vermehrt werden kann beziehungsweise darf, und dass immer weniger und immer mächtigere Konzerne bestimmen, welche Sorten auf den Markt kommen, nehmen die Bürger und Bürgerinnen nicht mehr hin. Zumal die Mehrzahl der Gemüsesorten in Europa bereits von Chemiekonzernen vermarktet wird und dies keineswegs zu weniger Agrarchemie geführt hat.

Tür auf für Agrarchemie, Tür zu für den Ökolandbau

Damit das im Sinne der Konzerne so bleibt, ist auch im Verordnungsentwurf der K.O.-Schlag gegen Ökozüchtungen verankert: Homogenität als Voraussetzung für die Marktzulassung. Eine Stärke der Ökosorten liegt in ihrer genetischen Breite, mit der sie bei unterschiedlichen Umwelt- und Klimabedingungen ohne chemische Krücken Leistung erbringen. Die vom Ökozüchterverband EcoPB geforderte Erleichterung bei der Homogenität wurde nicht in den Verordnungsentwurf aufgenommen.

Die Konzerne haben weitere massive Vergünstigungen für ihre Sorten erzielt: Halbierung der Testverfahren; Privatisierung der Tests und Selbstzertifizierung; keine Kennzeichnung von Geistigem Eigentum. Es stehen zahlreiche neue Biotech-Züchtungsmethoden in der Pipeline, die bisher nicht als Gentechnik gelten, auch dafür ist keine Kennzeichnung vorgesehen. Mehr noch: Hybride sollen künftig nicht mehr gekennzeichnet werden. Zwar wollten viele Hobbygärtner jahrzehntelang Hybride anbauen, weil sie mehr Ertrag bringen; nun lehnen aber immer mehr Hobbygärtner Hybride ab, weil sie abhängig machen.

Susanne Gura

Die Autorin ist im Vorstand des Dachverbands Kulturpflanzen und Nutztiervielfalt und Erste Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt. Sie koordiniert das Netzwerk APBREBES zu Sortenschutzfragen.

© Sophia Lateit

Pirmin Spiegel, Geschäftsführer (MISEREOR) bei der Eröffnungsrede

ARMUT BEKÄMPFEN – NICHT DIE ENERGIEWENDE

4. Energiegipfel der klima-allianz

Am 5. Juni 2013 lud die klima-allianz zum 4. Alternativen Energiegipfel unter dem Motto »Die Energiewende sozial gestalten« ein. Die klima-allianz kritisiert zunehmende Tendenzen in den Parteien, durch die Ideologie billiger Energie den Erfolg der Energiewende zu gefährden. Beim Energiegipfel diskutierten rund 180 TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft, Sozialverbänden und Hilfswerken, wie soziale Probleme gelöst werden können, ohne dabei Fortschritte beim Ausbau Erneuerbarer Energien und bei der Energieeffizienz zu gefährden.

PIRMIN SPIEGEL, Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR, wies in seiner Keynote auf die internationale Dimension der Energiewende hin: »Das Gelingen der Energiewende hat auch für viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine große Bedeutung. Ob es uns gelingt, das Energiesystem klimafreundlich und sozial gerecht umzubauen oder nicht, hat Beispielcharakter für viele andere Länder und Menschen. Es geht daher nicht nur um technische Aspekte sondern letztendlich um eine Frage der Gerechtigkeit.«

Rainer Hinrichs-Rahlwes, Präsident des European Renewable Energy Council, fügte in seiner anschließenden Rede die europäische Dimension der Energiewende hinzu und stellte heraus, dass »in Europa 1,2 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz im Bereich der Erneuerbaren Energien haben. Mehr als 137 Milliarden Euro haben die Erneuerbaren zur Wirtschaftsleistung der EU in 2011 beigetragen. Diese Erfolgsgeschichte muss fortgesetzt werden – durch klare Politikentscheidungen für einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren in Europa. «

Wie schmieden wir eine sozialgerechte Energiewende?

Unter der Moderation von Erhard Scherfer (PHOENIX) debattierten im Anschluss Maria Loheide (Vorstand der Diakonie Deutschland), Klaus Wiesehügel (Vorsitzender der IG BAU) und Damian Ludewig (Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft) die konkreten Lösungsvorschläge für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energiewende. Einige Aspekte, wie zum Beispiel die Abwrackprämie für Kühlschränke, wurden kontrovers diskutiert. Klaus Wiesehügel betonte in seinem Abschlussstatement dass nicht die Energiewende die soziale Schieflage hervorgerufen habe, sondern dass »viele Menschen für alles zu wenig Geld haben, nicht nur für Energie.«

Nach der Mittagspause fanden vier Workshops zu den Themen globale Dimension der Energiewende, Gebäudesanierung und Effizienzpolitik, soziale Dimension der Energiewende und klimafreundliche Mobilität statt.

Am Nachmittag wurde auf dem Parteipolitischen Podium über das Thema der sozialen Ausgestaltung der Energiewende weiter diskutiert. Gemäß ihrer Parteizugehörigkeit kamen die Diskutanten erwartungsgemäß zu verschiedenen Ergebnissen. So bewertete Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) das bisher erreichte positiv und sieht in der Nutzung von heimischen fossilen Energieressourcen wie Shale Gas durch Fracking, Potenziale die Energiekosten langfristig zu senken. Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE) betonte, dass die Energiepreise für die Verbraucher sinken müssen. Hans-Josef Fell (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, die Ausnahmen der Industrie von der EEG-Umlage auf den Stand von 2009 zurück zu setzen. Dirk Becker (SPD) benannte als weitere Baustellen der Energiewende die Bereiche Wärme, Verkehr und Energieeffizienz. Das Ziel der Bundesregierung bis 2020, eine Million Elektroautos auf deutsche Straßen zu bringen sei Kosmetik und werde die benötigte Verkehrswende nicht voran bringen, betonte Becker.

Bilanz nach zwei Jahren Energiewende

Die klima-allianz zog an diesem Tag auch in Ihrer Broschüre »Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund" Bilanz nach zwei Jahren Energiewendebeschlüssen der Bundesregierung. Dr. Katharina Reuter, Leiterin der klima-allianz, resümierte: »Die Debatte um die Energiewende darf nicht durch die Kostendiskussion überlagert werden. Denn die Energiewende führt nicht zu einer sozialen Schieflage. Diese bestand schon vor der Energiewende und wird durch die ungerechte Verteilung der Lasten noch verstärkt«

Malte Hentschke

Der Autor ist Projektleiter Netzwerkarbeit und Kommunikation bei der klima-allianz deutschland.

»Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund. Eine Zwischenbilanz.« (2013)
ISSN 2196-6060, 38 Seiten, Download unter: www.klima-allianz.de

EINE AGRARWENDE IST MÖGLICH!

Nach den Verhandlungen zur EU-Agrarreform steht jetzt die nationale Umsetzung der Beschlüsse an

EU-Kommission, EU-Rat und EU-Parlament verhandeln derzeit über die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP); 2014 soll die neue GAP in Kraft treten. Es zeichnet sich ab, dass den Mitgliedsstaaten bei der Verteilung der Agrarsubventionen in der nationalen Umsetzung größere Entscheidungsspielräume eingeräumt werden.

DAHER WERDEN VOR der bayerischen Landtagswahl und der Bundestagswahl im September tausende Menschen auf die Straße gehen. Denn die neue Bundesregierung wird mitentscheiden: werden in Zukunft stärker bäuerliche Betriebe gefördert oder fließt das Geld weiter an die Agrarindustrie?

Mitte März stimmte das Europäische Parlament über sein Verhandlungsmandat zur Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab, gleich danach folgte das Mandat des Europäischen Rats. In beiden Abstimmungen wurden die Vorschläge der EU-Kommission zur EU-Agrarreform abgeschwächt. Zwar wurde grundsätzlich für ein »Greening« der Agrarsubventionen gestimmt, das heißt für eine Bindung eines Teils der Subventionszahlungen an Umweltmaßnahmen. Durch viele Ausnahmeregelungen wird ein »weiter wie bisher« jedoch ermöglicht. Auch in anderen Bereichen wurden die Vorschläge der Kommission verwässert oder abgelehnt. Im sogenannten Trilog müssen sich nun VertreterInnen von EU-Kommission, EU-Rat und EU-Parlament auf Grundlage ihrer vorher beschlossenen Mandate zu den vier Bereichen der GAP – Direktzahlungen, Ländliche Entwicklung, Marktorganisation und Verwaltung – auf eine gemeinsame Linie einigen und die GAP für die Jahre 2014 bis 2020 final verhandeln.

Danach wird es auf die nationale Umsetzung der Reformbeschlüsse in den Mitgliedsstaaten ankommen: so soll die Möglichkeit eingeräumt werden, höhere Direktzahlungen für die ersten Hektare einzuführen, das sogenannte »top up«, um kleinere Betriebe stärker zu fördern. Auch die Reduzierung und Kappung der Zahlungen an die größten Betriebe könnte dann in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten liegen. Mit der Einführung dieser Regelungen hätten die Länder die Möglichkeit, trotz einer insgesamt schwachen Reform, die nationale Ausgestaltung sozialer und gerechter zu gestalten und eine bäuerliche Landwirtschaft gegenüber der Agrarindustrie zu fördern. Für Deutschland bedeutet dies, dass ein großer Teil dieser Entscheidungen von der im September neu gewählten Bundesregierung getroffen wird.

Vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl finden diesen Sommer daher zwei große Aktionen statt. Bei beiden steht die Forderung an die neue Bundesregierung im Vordergrund, sich für eine bäuerliche, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft einzusetzen.

Auch Bayern hat es satt!

Anlässlich der Landtagswahl in Bayern findet am 13. Juli 2013 in München die »Mir hams satt!«-Demonstration statt. Unter dem Motto »Agrarindustrie und Flächenfraß stoppen!« hat sich in Bayern ein breites gesellschaftliches Bündnis zusammengeschlossen, das eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft fordert. Dafür braucht es eine Agrarpolitik, die Ressourcen schont, Bienen und VerbraucherInnen schützt und faire Preise für ErzeugerInnen ermöglicht. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch der Verlust von täglich 18 Hektar Land in Bayern für neue Straßen, Gewerbegebiete und den Großprojekte wie den Münchener Flughafenausbau.

Und danach: Auf nach Wietze!

Kurz vor der Bundestagswahl geht die »Wir haben es satt!«-Bewegung an einen Brennpunkt der Agrarindustrie und ruft am 31. August 2013 zur Demonstration und Umzingelung von Europas größtem Hühnerschlachthof in Wietze/Niedersachsen auf. In dem gigantischen Schlachthof, subventioniert mit 6,5 Millionen Euro aus Steuergeldern, sollen 430.000 Hühnchen täglich geschlachtet werden. Er ist ein Symbol für die verfehlte Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung und steht für die negativen Auswirkungen der Agrar- und Lebensmittelindustrie: für Exportdumping auf der einen Seite und Importe von gentechnisch veränderten Futtermitteln auf der anderen Seite, für Megaställe mit qualvoller Tierhaltung, hohe Umweltbelastungen und Bauern, die von der Agrarindustrie verdrängt werden. Mit dem Aktionstag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine grundlegende Agrarwende mit einer bäuerlichen Landwirtschaft als Leitsystem einzuläuten.

Begleitet wird der Aktionstag von einem Sommercamp (29. August bis 1. September 2013) mit vielfältigem Programm, mit Zukunftswerkstätten rund um das Thema Landwirtschaft und zahlreichen Workshops. Im Vorfeld wird es eine bundesweite Aktionswoche geben.

Iris Kiefer

Die Autorin ist für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der »Wir haben es satt!«-Demonstration und der Kampagne »Meine Landwirtschaft« verantwortlich.

Weitere Informationen zur EU-Agrarpolitik unter ***www.meine-landwirtschaft.de*** und zu den Aktionen in Bayern und am Megaschlachthof in Wietze unter ***www.wir-haben-es-satt.de.***

BIOMASSEPROJEKT ABGESCHLOSSEN

Bioenergiepolitik fehlt es an Glaubwürdigkeit

Nach sechsjähriger Laufzeit hat die Plattform »Nachhaltige Biomasse« im April das Verbändeprojekt Nachhaltige Landnutzung und ressourcenschonende Biomassepolitik abgeschlossen. Viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen hatten die Debatte um Nachwachsende Rohstoffe und Biokraftstoffe mitverfolgt und auch gemeinsam über Positionen und Lösungsstrategien diskutiert und damit die Politik spürbar mit beeinflusst. Gefördert wurde das Projekt durch das Umweltbundesamt.

WÄHREND DES PROJEKTES wurden zahlreiche gemeinsame Treffen und Fachtagungen organisiert, bei dem sich sowohl die Umwelt- und Entwicklungsverbände, als auch Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Agrarverbänden austauschten. Die Erarbeitung von Positionspapieren und Stellungnahmen war ebenso Teil des Projekts, wie die Erstellung von Kurzstudien und zahlreiche Vorträge und Fachbeiträge zu Themen der Bioenergie- und Biomassepolitik.

Biomasse ist inzwischen eine der wichtigsten erneuerbaren Energiequellen, doch im Fokus der Kritik steht vor allem die Biokraftstoffpolitik. Zwar sind mittlerweile Nachhaltigkeitsverordnungen in Kraft und es haben sich verschiedene Zertifizierungssysteme etabliert. Doch da sowohl wichtige Umweltaspekte wenig Berücksichtigung finden und soziale Kriterien fast völlig unbeachtet bleiben, wird die Kritik so schnell nicht nachlassen.

Denn der Klimaschutzbeitrag des Biomasseeinsatzes bleibt bestenfalls bescheiden und ist heftig umstritten. Biomasse ist erneuerbar, aber nicht unendlich. Angeheizt wird die Debatte auch wegen der zunehmenden Verwendung von Energieholz, das für Knappheit bei holzverarbeitenden Betrieben sorgt und den Nutzungsdruck auf die Wälder steigert. Weitere Verwendungen vor allem in der stofflichen Nutzung werden vorangetrieben, sodass die Nachfrage weiter steigen wird.

Zu viel Geduld – zu geringe Erfolge

Die Debatte der letzten Jahre war stets von einer sehr unterschiedlichen Auffassung der beteiligten Verbände geprägt. Akteuren, die etwa der Biokraftstoffpolitik mehr oder weniger wohlwollend gegenüberstanden und sich um die Verbesserung der Anwendung bemühten, standen andere Verbände gegenüber, die eine sofortige Abkehr vom Einsatz des unbeliebten Agrosprits forderten. Beide hatten gute Gründe dafür, denn angesichts der massiven Probleme vor Ort ist heftige Kritik berechtigt. Seitens der Koordination haben wir es als unsere Aufgabe gesehen, den Dialog zu fördern und wir deswegen den Einsatz von Biokraftstoffen in gewissem Maße als durchaus machbar betrachtet haben. Dies hat sicher dazu geführt, dass die Verbände den konstruktiven Austausch mit den Befürwortern dieser Politik gefunden haben und auch dort zur Versachlichung der Debatte beitragen konnten.

Was aber hat es genutzt? Wenig. Im Nachhinein muss man konstatieren, dass unsere Geduld zwar durchaus angebracht, aber wohl doch zu groß war. Zu viele Entscheidungen wurden gegen bessere Standards und gegen eine schonendere Landnutzungspolitik gefällt – von der Klimaschutzpolitik mal ganz abgesehen

Fossile Energieträger auf der Überholspur

Angesichts wachsender Treibhausgasemissionen und der verstärkten Suche nach neuen fossilen Energiequellen muss sich die Politik fragen lassen, wie relevant der Ausbau der Biomassenutzung für den Klimaschutz ist. Denn andere, effektivere Maßnahmen zum Schutz von Weltklima und Naturressourcen, wie eine Verkehrswende oder die Reduktion des Fleischverbrauches, werden erst gar nicht angepackt. Spätestens seit der Debatte um die Förderung von Schiefergas und die Nutzung neuer Braunkohlevorkommen wird deutlich, dass die Nutzung nachwachsender Rohstoffe lediglich dazu dient, zusätzliche Energie- und Rohstoffmengen für ein nicht-nachhaltiges Wachstumsmodell zu liefern.

Es reicht also nicht aus, sich lediglich mit den Problemen der steigenden Biomassenutzung zu befassen. Die Förderung einer nachhaltigen Land- und Ressourcennutzung bleibt eine wichtige Herausforderung. Es müssen aber vor allem erheblich größere Anstrengungen unternommen werden, um unseren Energie- und Ressourcenverbrauch zu verringern und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger einzuleiten, ohne den das Klima nicht geschützt werden kann.

Wegweisend ist hier das Positionspapier des Umweltbundesamtes »Globale Landflächen und Biomasse nachhaltig und ressourcenschonend nutzen«[1], das der landwirtschaftlichen Anbaubiomasse nur geringen Stellenwert einräumt und sowohl die Begrenzung der energetischen Nutzung auf die Verwendung der knappen Reststoffe, als auch die Senkung des Gesamtverbrauches an entsprechenden Rohstoffen empfiehlt.

László Maráz

Der Autor war von 2008 bis 2013 der Koordinator der Plattform Nachhaltige Biomasse.

1 http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4321.html

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT IM DIENST DER AGROINDUSTRIE?

Heikle Verordnungen könnten durch das ausscheidende EU-Parlament gepeitscht werden

Gesündere Tiere und Pflanzen und mehr Sicherheit in der Agrar- und Lebensmittelkette – unter diesem Titel legte die EU Kommission dem Parlament am 6. Mai vier Verordnungsvorschläge vor. Geändert werden sollen nicht nur Regelungen über Pflanzenvermehrungsmaterial, sondern auch über Tier- und Pflanzengesundheit sowie die entsprechenden Kontrollen und deren Finanzierung. Damit wird der zweitgrößte Wirtschaftssektor der EU neu reguliert.

KONSULTATIONEN fanden im Vorfeld statt. Zu jeder Verordnung gibt es ein Impact Assessment. Über die »Comitolobby« in Brüssel auch im Agrarsektor ist genug bekannt, um zumindest zu vermuten, dass große Unternehmen ihre Belange gesichert haben, während die Interessen anderer Betroffener kaum zum Zuge kommen. Eine gründliche Prüfung der Verordnungen durch Betroffene ist daher angebracht. Leidtragende sind nicht nur die Nahrungsmittelwirtschaft, sondern auch Verbraucher und von Vogel- und Schweinegrippe gefährdete Patienten, sowie Steuerzahler, die Impfstoffvorräte finanzieren. Alle Entwürfe des Verbraucherschutzkommissars liegen jetzt auch in deutscher Sprache vor. Die Agrarausschüsse des Parlaments sind nun für die Prüfung zuständig. Im Herbst muss das Parlament zugestimmt haben, wenn es nach den Vorstellungen der Industrie geht. Sie will keine lange Diskussion, schon gar nicht über die 2014 auslaufende Legislaturperiode hinaus. Massentierhaltungsseuchen oder Kulturpflanzenvielfalt als Wahlkampfthemen, das könnte interessant werden.

Hinter den Drohkulissen

Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg bemühte mehrfach den Pferdefleischskandal als Begründung, auch wenn das Pferdefleisch, wie er betonte, – vielleicht mit Ausnahmen – kein Gesundheitsproblem darstellt und Betrug durch die neuen Regelungen nicht verhindert werden würde. Was also soll erreicht werden? Die EU soll vor eingeschleppten Schädlingen geschützt werden, und deswegen darf künftig Reisegepäck kontrolliert werden. Es können auch Privatgärten kontrolliert werden, um die eingeschleppten Schädlinge zu vernichten. Kein einziger Pflanzenproduzent darf künftig von Kontrollen ausgenommen werden; für Kleinunternehmen können die Kontrollgebühren erlassen werden. Alle müssen sich in ein neues »Pflanzengesundheits-Betreiberregister« eintragen und Vorschriften erfüllen, um Kontrollen zu ermöglichen. Diese Datensammlung hat interessante Nebenwirkungen. Das vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Geschäftsgeheimnis der Landwirte könnte unterlaufen werden, wenn Landwirte Informationen über ihre angebauten Sorten preisgeben müssen. Den Züchtern von Getreide, der einzigen Frucht, bei der Nachbau – gegen Gebühr – noch erlaubt ist, könnte dies hohe Summen von Nachbaugebühren bescheren, im Namen der Pflanzengesundheit.

Gefahren der industriellen Produktion ans Licht bringen

Wer erinnert sich, dass wir zehn Jahre lang glauben mussten, die Zugvögel und die kleinbäuerliche Geflügelhaltung wären Schuld an der Vogelgrippe? Der Spuk war erst vorbei, als der britischen Vogelschutzorganisation Birdlife International der Nachweis gelang, dass sich die Vogelgrippe entlang der Handelswege ausbreitet. Da waren schon Millionen Tiere gekeult, vor allem solche von Kleinbauern in Entwicklungsländern. Schlachten auf Märkten wurde verboten, und damit der Weg für industrielle Schlachtung und Erzeugung im Süden verbreitert. Die Welttiergesundheitsorganisation OIE warnt einerseits vor Erregern aus der Tierhaltung, andererseits verwies auch sie auf Zugvögel als Verursacher der Vogelgrippe. Bis heute wird nicht kontrolliert, was aus den Massentierhaltungsanlagen herauskommt. »Biosicherheit« bedeutet lediglich, zu verhindern, dass die in dieser Haltungsform extrem empfindlichen Tiere nicht von außen angesteckt werden.

Delegierte Akte: Joker der Agroindustrielobby

Auffällig viele und teilweise wichtige Regelungen bleiben in den Entwürfen offen. Die Kommission behält sich vor, sie als Delegierte Akte ohne das Parlament zu regeln. Wer das tüchtigste Lobbybüro in Brüssel hat, gewinnt so auch nach dem Inkrafttreten der Verordnung weiter Einfluss. Schon vorher wurde der »Drehtür«-Trick eingesetzt: Um die Interessen der Agroindustrie im Saatgutrechtsentwurf zu sichern, hat die französische Regierung eine Mitarbeiterin des Industrieverbandes GNIS in der EU-Kommission platziert.

Susanne Gura

Die Autorin ist im Vorstand des Dachverbands Kulturpflanzen und Nutztiervielfalt und Erste Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt. Sie koordiniert das Netzwerk APBREBES zu Sortenschutzfragen.

BirdLife International, »Wild birds – victims not vectors«, Cambridge, 8 December 2005: http://www.birdlife.org/news/news/2005/12/flu_migration.html
GRAIN (2006) ***Fowl play: The poultry industry's central role in the bird flu crisis***

Dreischluchtendamm in China

27.000 FLÜSSE VERSCHWUNDEN

Erster Wasserzensus in China bringt dramatische Erkenntnis

Der am 26. März 2013 veröffentlichte Wasserzensus sollte ein Erfolg werden. Doch nun kam das große Erwachen: Über die Hälfte der chinesischen Flüsse sind nicht mehr da. Die chinesische Internetgemeinde reagiert entsetzt. Die Regierung will vermehrt auf nachhaltige Entwicklung setzten.

BISHER GALT CHINA als eines der Länder mit dem größten erneuerbaren Süßwasservorrat weltweit. Die größte nationale Erfassung von Wasserkörpern korrigiert diese Einschätzung nun. Aus dem am 26. März 2013 vom chinesischen Ministerium für Wasserressourcen veröffentlichten Wasserzensus ist ersichtlich, dass von den geschätzten über 50.000 Flüssen der 1990er Jahre nicht einmal mehr die Hälfte durch Chinas Landschaften fließt. Die Anzahl der Flüsse ist jährlich um 1.000 auf 22.909 geschrumpft. Neben ausbleibenden Niederschlägen vor allem im Südwesten Chinas, wird Raubbau an der Natur dafür verantwortlich gemacht.

Der Wasserzensus – ein Erfolg?

Wegen der Erstmaligkeit, der Größenordnung und der gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden die Ergebnisse der 2011 durchgeführten Untersuchungen von staatstreuen Medien als »Erfolg« betitelt. Am 27. März führte die regierungsnahe Volkszeitung Renmin Ribao mit dem Stellvertreter des Ministers für Wasserressourcen, Jiao Yong, ein Interview. Er erwähnt nicht die Umweltproblematik, sondern spricht eine ihrer Ursachen an – die steigende Nachfrage nach Wasser.

Die Errungenschaften der Generalstudie zeigen, dass die Entwicklung der chinesischen Wasserressourcen riesige Erfolge erzielt hat. Was die Grundversorgung von Städten und Dörfern angeht, so haben wir unsere Aufgabe fast erfüllt. Von der Wasserinfrastruktur profitieren Millionen Menschen. Verglichen mit der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und den Ansprüchen, die aus dem Anstieg des Lebensstandards resultieren, gibt es allerdings noch viele Schwachstellen was die Wasserressourcen angeht.

Der Blogger »Friedlich Aber Anders« reagiert hingegen kritisch und besorgt auf Überschriften, die von »Erfolg« sprechen. Er kommentiert seine Sammlung an Nachrichtenartikeln folgendermaßen:

Diese Nachrichten sollten die Welt bewegen und erschüttern. (..) Egal, ob du ein normaler Bürger oder ein hoher korrupter Beamter bist. Lassen wir auch für den Moment beiseite, dass es sich um eine große nationale Angelegenheit handelt. Alle sollten wissen, dass dies großen Einfluss auf unsere persönlichen Interessen und die unserer Nachkommen hat. (...) Wir haben uns zwar schon daran gewöhnt, dass aus einer Beerdigung eine Hochzeit gemacht wird. Dass durch die Generaluntersuchung herausgefunden wurde, dass es die 27.000 Flüsse nicht mehr gibt, wird nun als Erfolg bezeichnet. Das macht uns sprachlos. Wenn noch einmal 20 Jahre vergehen, was wird dann mit den verbliebenen 22.909 Flüssen sein? Was wird dann mit China sein? Was wird dann mit diesem Volk sein?

Quelle: chinadialogue.net

Handlungsbedarf für die Regierung

Die Dringlichkeit dieser Fragen ist bei den höchsten Politikern des Landes angekommen. Ministerpräsident Li Keqiang versicherte, dass er während seiner Amtszeit verstärkt auf nachhaltiges Wachstum setzen wolle. Er betonte Ende März wieder, dass China die Umwelt im Laufe seiner Modernisierung schützen müsse.

Doch die Vorgaben von ganz oben kommen oft nicht an. Obwohl seit vielen Jahren von Umweltschutz gesprochen wird, berichten Netizens von verdreckten Flüssen. So lautet der Kommentar der Bloggerin »Land der blühenden Blumen«:

In meiner Heimat ist der einst klare zu einem stark stinkenden Fluss geworden. Als Kind haben wir im Fluss gebadet. Jetzt stinkt es so, dass man es nicht aushält. Was ist passiert? Korrupte Beamte und skrupellose Geschäftsmänner hinterlassen immer wieder Schlachtfelder und die Berge und Flüsse weinen.

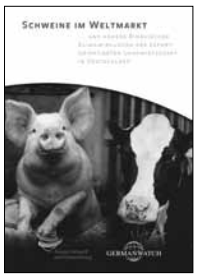
Mit dem Wasserzensus hat China nun statistische Gewissheit, dass die vielen Einzelbeobachtungen von dreckigen und versiegenden Flüssen ein nationales Problem sind. Welche Schlüsse es daraus zieht, wird die nächste Erhebung zeigen.

Lisa Krauss

Die Autorin engagiert sich im Projekt der Asienstiftung »Stimmen aus China«.

Der Artikel wird von »Stimmen aus China« (***www.stimmen-aus-china.de***) zur Verfügung gestellt, einem Blog der Asienstiftung, welcher der deutschen Öffentlichkeit durch die Übersetzung von Blogs und Kommentaren aktuelle China-Themen aus chinesischer Sicht präsentiert und seit Oktober 2011 unter anderen von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird.

PUBLIKATIONEN



SCHWEINE IM WELTMARKT… UND ANDERE RINDVIECHER.

Klimawirkungen der exportorientierten Landwirtschaft in Deutschland
Studie

Die Studie von Tobias Reichert, herausgegeben von Germanwatch und dem Forum Umwelt und Entwicklung, zeigt die Klimawirkungen der exportorientierten Landwirtschaft in Deutschland auf. Die deutsche Landwirtschaft ist eine wichtige Quelle von Treibhausgasen, wie Kohlendioxid, Lachgas und Methan. Bei den letzteren, die um ein vielfaches klimaschädlicher sind als Kohlendioxid, ist die Landwirtschaft der wichtigste Emittent.
Die Agrarpolitik muss die Reduktion von Produktion und Exporten aktiv vorantreiben. Dazu zählt, sämtliche Subventionen zu beenden, die Exporte und Kapazitätsausbau fördern. Dagegen muss die Integration von Eiweißpflanzen in die Fruchtfolge ebenso effektiv unterstützt werden wie die standortgerechte Weisehaltung. Langfristig sollte die Tierhaltung an die im Betrieb verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen gebunden werden, um einer zu starken regionalen Konzentration der Tierhaltung entgegen zu wirken und Nährstoffkreisläufe schon auf Betriebsebene besser zu schließen.

Bezug:
Download unter http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/publikation/schweine-im-weltmarkt/

BITTER COAL

Studie

Die großen Energieerzeuger E.ON, STEAG, RWE, EnBW und Vattenfall betreiben über 60 Steinkohlekraftwerke in Deutschland. Und sie alle planen den Bau weiterer Kohlekraftwerke mit enormen Verbrennungskapazitäten. Dass Steinkohle zu den klimaschädlichsten Brennstoffen gehört, ist weithin bekannt. Was nicht bekannt ist, und worüber RWE, E.ON und Co. gerne schweigen, ist aus welchen Minen diese Kohle stammt und welche ökologischen und sozialen Wunden ihre Gewinnung vor Ort hinterlässt. Wer danach fragt, wird von Energiekonzernen gern mit allgemeinen Nachhaltigkeits-Floskeln abgespeist und auf die Industrieinitiative »Better Coal« verwiesen. Die wahre Bilanz ist jedoch eine bittere. Ein Großteil der in Deutschland verfeuerten Steinkohle stammt aus dem Ausland. Für die über 30 Millionen Tonnen importierte Steinkohle, die in unseren Kraftwerken jährlich verbrannt werden, verlieren Indigene in Kolumbien ihr Land, werden in den USA Bergspitzen weggesprengt und in Russland sowie Südafrika Flüsse und Grundwasser vergiftet.
Mit diesem Dossier wollen urgewald und FIAN die schwarzen Löcher in der Unternehmensverantwortung der Energieversorger offenlegen. Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass die Herkunft des Brennstoffs Steinkohle und die Abbaubedingungen in den Lieferländern endlich einen angemessenen Platz in der Diskussion um den Bau und den Weiterbetrieb von Steinkohlekraftwerken in Deutschland finden.

Bezug:
Download unter http://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal_1_15_13.pdf

BILANZ DER ENERGIEWENDE

Die Energiewende ist der zentrale Garant einer in Zukunft bezahlbaren Energieversorgung und sie ist darüber hinaus Deutschlands wichtigster Beitrag zum Klimaschutz und gleichzeitig zu mehr globaler Gerechtigkeit.
Doch wo stehen wir heute? Zwei Jahre nach den Energiewendebeschlüssen der Bundesregierung zieht die Zivilgesellschaft, vertreten in der klima-allianz deutschland, erneut Bilanz.
»Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund« lautet das zwiespältige Fazit. Denn Deutschland und damit leider auch Europa sind noch immer weit entfernt von einer konsistenten Klimaschutz- und Energiepolitik. Im Mittelpunkt der Diskussionen um die Energiewende im letzten Jahr stand nicht, wie Energie erzeugt wird, sondern wer was zahlt. Besonders die Umlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien – kurz: EEG-Umlage – wurde als unsozialer Kostentreiber, dargestellt, der in ein volkswirtschaftliches Desaster führt. Soziale Ängste vor steigenden Stromkosten wurden genutzt, um die Energiewende auszubremsen. Dadurch musste viel politische Energie darauf verwendet werden, um die Energiewende in der öffentlichen Wahrnehmung zu »retten« beziehungsweise zu legitimieren anstatt sie zu gestalten. Dabei gibt es nicht nur im Stromsektor, sondern auch bei der Wärmeerzeugung, der Energieeffizienz und beim Thema Mobilität nach wie vor zahlreiche unerledigte Aufgaben.
In der 38-seitigen Broschüre werden die unerledigten Aufgaben benannt und Vorschläge für eine weitaus ambitionierte Umsetzung der Energiewende gemacht.

Bezug:
»Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund. Eine Zwischenbilanz.« Berlin, 2013. ISSN 2196-6060, 38 Seiten.

klima-allianz deutschland, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

Download unter www.klima-allianz.de

BODENLOS

Negative Auswirkungen von Mineraldüngern in der tropischen Landwirtschaft
Studie

Die Studie von Johannes Kotschi (AGRECOL – Association for AgriCulture and Ecology), herausgegeben von Heinrich Böll Stiftung und WWF Deutschland konzentriert sich auf die negativen Auswirkungen von Mineraldüngern in der tropischen Landwirtschaft.
Gerade in Zeiten hoher Preise für Nahrungsmittel und knapp einer Milliarde hungernder Menschen wird der Ruf nach Intensivierung, einem starken und schnellen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion immer lauter. Was liegt da näher, als mehr zu düngen? Gerade in den Ländern des afrikanischen Kontinents, in denen der Ertrag pro Hektar häufig niedrig und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln sehr groß ist?
Doch viel zu einfach ist das Bild, dass durch mehr Dünger mehr Ertrag erreicht wird. Im Gegenteil: Gerade die industrielle landwirtschaftliche Produktion ist weltweit einer der Hauptverursacher von schwindender Bodenfruchtbarkeit und Bodenzerstörung. Überproportionaler und falscher Einsatz von Mineraldünger haben

diese Entwicklung vorangetrieben. Deswegen stellt sich die vorliegende Studie gegen die Forderung der Entwicklungsbank und liefert eine kritische Analyse der Förderprogramme für Düngemittel. Zudem rückt sie die vielfältige Bedeutung der Bodenfruchtbarkeit in den Mittelpunkt der Betrachtung. Denn die Beschaffenheit der Böden in den Tropen und Subtropen stellt enorme Herausforderungen, die beachtet werden müssen, um Düngung in ein umfassendes Bodenmanagement einbetten zu können. Nur so lassen sich letztlich die Bodenfruchtbarkeit und damit auch die Erträge verbessern. Die fruchtbaren Böden gehören zu unseren wichtigsten Lebensgrundlagen. Gesunde Böden fungieren als Wasserspeicher, beherbergen einen großen Teil der Artenvielfalt und speichern Kohlenstoff – überall auf der Welt. Subventionsprogramme für Dünger ignorieren die Herausforderungen und Potenziale einer ressourcenschonenden Landwirtschaft. Dabei werden nur gesunde Böden die Nachfrage nach Nahrungsmitteln von neun Milliarden Menschen in Zukunft decken können.

Bezug:
Donwnload unter http://www.boell.de/publikationen/publikationen-wwf-studie-mineralduenger-17325.html

HUNGERROULETTE

Wie viel deutsche Finanzinstitute durch Nahrungsmittelspekulation einnehmen
Oxfam-Hintergrundpapier

Mehr als 116 Millionen Euro haben deutsche Finanzinstitute 2012 allein durch die Verwaltung von Investmentfonds eingenommen, die mit Nahrungsmitteln spekulieren. Eine unrühmliche Marktführerschaft haben dabei Allianz und Deutsche Bank. Sie kontrollieren zusammen 40 Rohstofffonds, die es Kapitalanlegern ermöglichen, auf Nahrungsmittelpreise zu wetten. Das Volumen der Fonds beträgt 6,7 (Allianz) und 3,79 Milliarden Euro (Deutsche Bank). Fundierte Untersuchungen deuten darauf hin, dass diese Geschäfte die Preisschwankungen bei Agrarrohstoffen wie Weizen und Mais anheizen und damit das Armuts- und Hungerrisiko weltweit verschärfen. Vor diesem Hintergrund haben einige deutsche Finanzinstitute, darunter die Deka, die Commerzbank sowie die Landesbanken von Baden-Württemberg und Berlin, verantwortungsvoll gehandelt und sich 2012 aus der Spekulation mit Nahrungsmitteln zurückgezogen. Doch die beiden größten deutschen Akteure beharren auf dem Geschäft mit dem Hunger. Weil es für sie so lukrativ ist? Nun ist die Politik gefordert: Mit klaren und lückenlosen Regeln müssen auch jene Spekulanten in die Schranken gewiesen werden, die weiter am Nahrungsmittelroulette drehen wollen.
Dieses Hintergrundpapier zeigt auf, welche Einnahmen deutsche Finanzinstitute allein aus der Verwaltung von Agrarrohstofffonds und verbundenen Dienstleistungen erzielen und gibt einen Überblick über Umfang und aktuelle Entwicklungen des Geschäfts mit der Nahrungsmittelspekulation in Deutschland.

Bezug:
Download unter http://www.oxfam.de/publikationen/hungerroulette

VERANSTALTUNGEN

»MIR HAMS SATT!«

Demonstration
13. Juli 2013, 11 Uhr
München

Vor der Landtagswahl in Bayern im September 2013 soll ein Zeichen für eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft gesetzt werden. Unter dem Motto »Mir hams satt! Agrarindustrie und Flächenfraß stoppen!« hat sich ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Umwelt-, Verbraucherschutz- und kritischen Bauernverbänden sowie verkehrspolitischen Initiativen zusammengeschlossen und ruft am 13. Juli 2013 zur Großdemonstration in München auf. Mit der Aktion will das Bündnis seine gemeinsamen Forderungen an die Landes- und Bundesregierung deutlich machen. Es fordert eine Wende in Bayern hin zu einer bäuerlich-nachhaltigen Landwirtschaft, Bienen- und Verbraucherschutz, und einen schonenden Umgang mit den Landschaftsressourcen.
Los geht's um 11 Uhr auf dem Odeonsplatz. Um 12:15 Uhr zieht der Demonstrationszug vor die Staatskanzlei, wo die Abschlusskundgebung stattfindet.

Weitere Informationen sowie Flyer und Plakate unter www.mir-hams-satt.de

»WIR HABEN ES SATT!«

Sommeraktion, 31. August 2013,
Wietze/Niedersachsen

Nach den erfolgreichen »Wir haben es satt!«-Demonstrationen in Berlin im Januar wird es nun zum ersten Mal eine Sommeraktion geben. Vor den Bundestagswahlen geht die »Wir haben es satt!«-Bewegung an einen Brennpunkt der Agrarindustrie bringen: an den größten Geflügelschlachthof Europas in Wietze/Niedersachsen, in dem 430.000 Hühner täglich geschlachtet werden sollen. Der Schlachthof ist ein Symbol für die verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung und steht für Exportdumping auf der einen Seite und Importe von gentechnisch veränderten Futtermitteln auf der anderen Seite, für Megaställe mit qualvoller Tierhaltung, hohe Umweltbelastungen und Bauern, die von der Agrarindustrie verdrängt werden.
Ein breites Bündnis aus Bäuerinnen und Bauern, VerbraucherInnen, Umwelt- und Tierschützerinnen, Eine Welt-Gruppen und Arbeitsloseninitiativen ruft daher gemeinsam zur Demonstration und Schlachthof-Umzingelung am 31. August 2013 in Wietze auf. Nach der Abschlusskundgebung findet ein Konzert der Band Ratatöska statt. Parallel dazu findet vom 29. August bis 1. September 2013 das »Wir haben es satt!«-Sommercamp statt mit einem bunten Workshop-Programm, in dem es unter anderem um die Frage einer zukunftsfähigen Landwirtschaft gehen wird. Für leckeres Essen sorgen Wam Kat und die Fläming Kitchen. Im Vorfeld wird es bundesweit Aktionen geben.

Weitere Informationen, Flyer und Plakate und Tipps zur Anreise gibt es unter www.wir-haben-es-satt.de.

JUST POLITICS? POSTCOLONIAL ECOCRITICISM BETWEEN IMAGINATION AND OCCUPATION

Summer School, 2. bis 7. September 2013,
Potsdam und Berlin

Einige Schlagwörter, die in der letzten Zeit häufig in der Öffentlichkeit kursieren, sind zum Beispiel »ökologischer Fußabruck«, »grüne Wachstumsindustrie«, »buen vivir«, »Nord-/Südgefälle«, »Fukushima«, »Euro Krise« und »Occupy Wallstreet«. Diese Begriffe scheinen zunächst nur entfernt miteinander zu tun zu haben. Dennoch stehen sie alle auf sehr unterschiedliche Art und Weise für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik, die uns alle betrifft.
Aufbauend auf den Erkenntnissen im Bereich Postcolonial Ecocriticism, die im

Laufe der letzten Jahre im Bereich der Kultur- und Literaturwissenschaften aufgekommen sind, zielt diese Sommer Schule auf eine interdisziplinäre Auseinandersetzung von aktuellen Debatten und Theorien zu nachhaltiger Wirtschafts- und Umweltpolitik. Zudem werden wir (utopische und dystopische) Zukunftsszenarien in Erwägung ziehen, die schon heute in globalen oder lokalen kulturellen Praktiken erdacht, vorangetrieben oder durchgeführt werden.
Mit internationalen ReferentInnen und 60-80 TeilnehmerInnen soll eine Woche lang ausführlich über Postcolonial Eco-Ecocriticism diskutiert werden. In einer Reihe von interessanten Vorlesungen, Seminaren, Workshops und Filmvorführungen soll sich dem Themenkomplex theoretisch genähert werden, praktische Beispiele werden bei einem Treffen mit verschiedenen Berliner NGOs und thematisch relevanten Berlinführungen begegnet.

Weitere Informationen:
http://justpoliticspotsdam2013.wordpress.com/

GRENZENLOS. MIGRATION IN EINER BEGRENZTEN WELT

2. September 2013, 10-17.15 Uhr,
Brot für die Welt,
Caroline Michaelis Str. 1, 10115 Berlin

Weltweit werden die staatlichen Grenzen für MigrantInnen immer undurchlässiger. Gleichzeitig wächst in vielen Volkswirtschaften der Bedarf an ArbeitsmigrantInnen.
Mit dieser Tagung möchten wir Migration als eine Existenzsicherungsstrategie im Kontext struktureller Ungleichheiten und Grenzregime vorstellen und die Bedeutung »multilokaler Haushalte« für die Armutsbekämpfung diskutieren. Es geht um die Frage, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit Migration und Mobilität zu sozialer Sicherheit, Inklusion und Nachhaltigkeit beitragen können.

Weitere Informationen:
Brot für die Welt,
Sophia Wirsching
sophia.wirsching@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

BUNDESWEITER KLIMA-AKTIONSTAG

14. September 2013

Auch dieses Jahr werden sich wieder hundert Organisationen, Projekte und Verbände mit einer Aktion am Klima-Aktionstag beteiligen. Am 14. September werden sie in ganz Deutschland Aktionen durchführen, um ein Zeichen für eine ambitioniertere Klima- und Energiepolitik zu setzen. Unter dem Motto »Energiewende ist Politikwende – Wähle deine Zukunft« werden die Chancen der erneuerbaren Energien dargestellt.
Deutschland ist eines der wichtigsten Länder in Europa, wenn es um eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik geht. Damit die Klimaschutzziele erreicht werden, muss die vielzitierte Energiewende viel ambitionierter umgesetzt werden, große Bereiche sind noch zu wenig berücksichtigt. So fehlt z.B. eine klimafreundliche Verkehrswende und auch im Bereich der energetischen Gebäudesanierung sind noch viele Hausaufgaben unerledigt.
Bereits zum 7. Mal koordiniert die klima-allianz deutschland den Klima-Aktionstag. Die klima-allianz ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das für mehr Klimaschutz eintritt. In den vergangenen Jahren machten große und kleine, laute und leise Aktionen auf das gemeinsame Anliegen aufmerksam. So gingen zum Beispiel im Rahmen der Silent Climate Parade viele junge Menschen auf die Straße (siehe Foto).
Klimawandel und Energiewende gehen alle an! Unter www.klima-bewegen.de werden die Aktionen eingetragen. Hier finden sich auch Tipps für Aktionen und weitere Hintergrundinformationen.

Weitere Informationen:
www.klima-bewegen.de

»INVESTOREN IN DER LANDWIRTSCHAFT«

5. Berliner Forum von Rehwinkel-Stiftung, DGAR und DBV, 18. September 2013
Hotel Aquino, Berlin

In vielen Regionen Deutschlands ist in den letzten Jahren ein verstärktes Engagement außerlandwirtschaftlicher Investoren in der Landwirtschaft festzustellen. Die Erscheinungsformen und Motive des Engagements sind vielfältig und teilweise wenig transparent. Die Edmund Rehwinkel-Stiftung, die Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht (DGAR) und der Deutsche Bauernverband (DBV) werden das Thema im Rahmen des 5. Berliner Forums aufgreifen und laden Fachleute und Interessierte am 18. September 2013 nach Berlin-Mitte in das Hotel Aquino ein.
Die Veranstalter weisen im Zusammenhang mit der Tagung darauf hin, dass außerlandwirtschaftliche Investoren inzwischen direkt auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt drängen, aber auch Beteiligungen oder Übernahmen landwirtschaftlicher Betriebe vornehmen. Hinzu kämen Modelle, die an die Fördermöglichkeiten des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes anknüpften. Aber auch Naturschutzstiftungen seien am landwirtschaftlichen Bodenmarkt aktiv, betont der DBV. Im Übrigen hätten sich erste Landwirtschaftsunternehmen an der Börse etabliert. Eine Überprüfung vorhandener oder neuer ordnungsrechtlicher Instrumentarien, wie zum Beispiel des Grundstückverkehrsgesetzes und Landpachtgesetzes, ist nach Einschätzung der Organisatoren überfällig.
Mit der Reihe „Berliner Forum" geben die drei Veranstalter Rehwinkel-Stiftung, DGAR und DBV Anstöße für die rechtspolitischen Diskussionen in der Agrarwirtschaft. Das detaillierte Programm, die Teilnahmebedingungen und eine Anmeldung veröffentlicht der DBV demnächst im Internet.

Weitere Informationen:
http://www.bauernverband.de/

NETZWERK21-KONGRESS

7. Netzwerk21-Kongress,
8./9. Oktober 2013, Stuttgart

Schwerpunkte für den diesjährigen Kongress sind die Themenbereiche Nachhaltigkeitsstrategien und -instrumente, Nachhaltiges Wirtschaften, Globale Verantwortung, Bildung und Kommunikation für Nachhaltige Entwicklung sowie Ressourcenschutz.
Mit diesem jährlichen Fortbildungs- und Netzwerkkongress werden lokale Nachhaltigkeitsinitiativen eingeladen, sich über ihr Engagement auszutauschen und voneinander zu lernen. Auch in Stuttgart wird im Rahmen des Kongresses in diesem Jahr wieder der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) vergeben. Mit der Auszeichnung Deutscher Lokaler Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) wird beispielhaftes Engagement für eine lebenswerte Zukunft gewürdigt und zur Nachahmung angeregt. Dieser Preis wird in diesem Jahr in den Kategorien Initiativen, Unternehmen, Kommunen, Jugend und Internationale Partnerschaften verliehen.

Weitere Informationen:
http://www.netzwerk21kongress.de/

Camp
29.8.-1.9.2013

31.8.2013

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!

Demo 13h Umzingelung 15h Konzert 17h

an Europas größtem Hühnerschlachthof Wietze/Niedersachsen

www.wir-haben-es-satt.de